

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bekannt-  
 machung für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Denth-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. April 1897.

Expedition: SW. 19, Denth-Strasse 3.

### Die russische Gefahr.

Das Gegenspiel der russischen Kaiserreise hat begonnen: die Monarchen ziehen nach Petersburg. Den Beginn der Fürstenbesuche in der Hauptstadt des russischen Zaren bildet die Reise des österreichischen Kaisers.

So gleichgiltig wir auch Reisen und Trinksprüche der Fürsten gegenübersehen, so wenig Bedeutung wir ihnen auch im allgemeinen beilegen, so muß dem Austausch von Lebenswürdigkeiten bei dem gestrigen Brunkmale in Petersburg doch mehr Wichtigkeit beigemessen werden, als solchen Reden sonst zukommt. Die Reden, die gestern im reichsten Kaiserpalast der Welt gehalten wurden, sind unter ganz anderen Umständen, in einer gegen das vorige Jahr durchaus veränderten politischen Lage gesprochen worden, als die Trinksprüche in Wien und Breslau anlässlich der Besuche des Zaren beim österreichischen und deutschen Kaiser.

Die vorjährige Kund- und Triumphreise des russischen Zaren fiel in eine Zeit des vollsten Friedens für Europa; die Fragen der auswärtigen Politik, die damals erörtert wurden, waren fast völlig erledigte Fragen ostasiatischer und südafrikanischer Politik, die bei aller Wichtigkeit vorerst jedenfalls nicht Fragen ersten Ranges waren. Heute dagegen hat sich die Situation gänzlich geändert, die orientalische Frage ist wieder aufgerollt, die „Vereinigten Staaten von Europa“ haben den mißglückten Versuch, die Insurgenten auf Kreta in Jamn zu halten, zu verzeichnen; Griechenland liegt im Kriege mit der Türkei, die Möglichkeit einer Verbreitung des Krieges auf andere Theile der Balkanstaaten ist nicht ausgeschlossen und bei der Größe des Interesses, das Rußland und Oesterreich-Ungarn in erster Linie, dann aber auch England und Italien an der künftigen Gestaltung der Balkanhalbinsel haben, ist es selbstverständlich, daß selbst mit der Möglichkeit eines Weltkrieges gerechnet werden muß, wenn auch glücklicherweise wegen des anscheinend bald abgetragenen griechisch-türkischen Konflikts diese Gefahr keine drohende ist. Freilich wird heute niemand mehr in den Fehler Bismarck's verfallen, der 1875 anlässlich des Anschlusses des Russlands in Bosnien und der Herzegowina verächtlich von dem bischen Herzegowina sprach und den Unruhen gar keine Bedeutung beilegte, Unruhen, die zur Folge hatten, daß eine russische Armee Konstantinopel bedrohte, daß die Karte der Balkanhalbinsel Veränderungen erlebte, die größer waren, als irgend eine seit dem 16. Jahrhundert. Jeder Konflikt auf der Balkanhalbinsel kann zu einem Kriege führen, dessen Schlachtfelder nicht nur am Balkan, sondern auch an den Karpaten und am Himalaya liegen. Der Funke ist ins Pulverfaß gefallen, niemand weiß, ob, jeder hofft, daß die Explosion verhütet wird. Vor allem aber hoffen es die Großmächte, denn der Ausgang eines großen Krieges ist heute für jede Macht ungewiß, jede hofft von einem Aufschube der unausbleiblichen blutigen Abrechnung Verbesserung der eigenen Kriegschancen.

So ist, hier in kurzen Zügen skizziert, das Milieu gänzlich verändert, in dem die Zarenreise im vorigen Jahre, die Empfänge der Kaiser und Könige und des Präsidenten der französischen Republik beim Zaren in diesem Jahre sich abspielten. Dies drückt sich auch in den aus Anlaß dieser Reisen stattgefundenen Kundgebungen aus.

Allgemein fiel die eifrige Kühle auf, mit der der junge Nikolaus, den das Geschick zum absoluten Herrscher des größten Reiches der Welt gemacht hat, die Trinksprüche der Kaiser Franz Josef und Wilhelm im vorigen Jahre erwiderte; man war erstaunt, wie kühl er die ihm dargebrachten Huldigungen der schaulustigen Menge in Breslau und Wien und vor allem die Flottenovation in Kiel entgegennahm. Erstaunt war man, daß er es nicht einmal für werth fand, die deutsche Marine-Uniform zu der ihm zu Ehren angeordneten Parade unserer Marine anzuziehen. In schroffem Gegensatz hierzu stand sein Benehmen während seines Triumphzuges durch die französische Republik.

Schneidend war damals der Widerspruch zwischen der von traditionellen Freundschaftsver sicherungen überquellenden Breslauer Rede unseres Kaisers und der mehr als kühlen Antwort des Zaren. Man merkte die Absicht des russischen Autokraten, die Gleichgiltigkeit gegen die Freundschaftsver sicherungen der Dreieinheitsmächte zu markieren.

Ganz anders scheint jetzt in Petersburg die Situation aufgefaßt zu werden.

Bei dem gestrigen Brunkmale brachte Kaiser Nikolaus folgenden Trinkspruch auf den Kaiser Franz Josef aus:

„Gnädig über die Anwesenheit Ew. Majestät unter mir, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen für diesen neuen Beweis der aufrichtigen Freundschaft, die uns verbindet, zu danken. Diese Freundschaft ist befestigt durch eine Gemeinsamkeit der Ansichten und der Grundzüge, die bezweckt, unseren Völkern die Wohlfahrt des Friedens zu sichern. Ew. Majestät kennen die herglichen Gefühle, von denen ich für Sie besetzt bin, und den ganz besonderen Werth, den ich auf eine vollkommene Solidarität unter uns bei dem erhabenen Ziele, das wir verfolgen, lege. Ich trinke auf die Gesundheit Ew. Majestät, Ihrer Maj. der Kaiserin und der ganzen kaiserlichen Familie.“

Kaiser Franz Josef antwortete mit folgendem Trinkspruch: „Tiefgerührt von dem herzlichen und innigen Empfange, den Ew. Majestät mir zu bereiten die Güte hatte, und von den vielfachen Ausmerksamkeiten, von denen ich seit dem Augenblicke, da ich die Grenzen Ihrer Staaten überschritten hatte,

umgeben worden bin, liegt es mir ganz besonders am Herzen, Ew. Majestät dafür meinen lebhaftesten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. Ich sehe darin gern einen neuen Beweis der engen Freundschaft, die uns umschlingt, und die, gestützt auf die Gefühle gegenseitiger Achtung und Loyalität, für unsere Völker eine feste und sichere Bürgschaft des Friedens und des Wohlstandes bildet. Unerschütterlich dem Siege dieser Sache hingegeben, werde ich mich stets glücklich schätzen, zu diesem Zwecke auf die kostbare Mitwirkung Ew. Majestät rechnen zu dürfen, und in der Ueberzeugung, daß der Erfolg unserer gemeinsamen Anstrengungen gesichert ist, trinke ich auf die Gesundheit Ew. Majestät und der kaiserlichen Familie.“

Charakteristisch ist auch die begeisterte Aufnahme, die der Besuch des ungeliebten österreichischen Monarchen in der russisch-chauvinistischen Presse gefunden hat, was selbstverständlich auf den Einfluß der russischen Regierung zurückzuführen ist. Es ist da von gemeinsamer Aktion beider Mächte, vom Bewußtsein der Einheitlichkeit und dergl. die Rede. In ähnlichem Sinne äußert sich die offiziöse Presse in Wien und Budapest, das Organ der österreichischen Regierung, die „Wiener Abendpost“, fabelt sogar von brüderlichen Gefühlen des Volkes Oesterreich-Ungarns und Rußlands.

Es handelt sich hier um mehr als um einen nothgedrungenen, nicht zu umgehenden Austausch von Lebenswürdigkeiten, wie dies im vorigen Jahre in Breslau der Fall war, es handelt sich hier um eine neuerliche Verstärkung der ohnedies übermächtigen Stellung des Zarenreiches im Staaten-Kongress. Dohne irgend etwas an seinem Einflusse in Frankreich aufzugeben, dessen Stärke die Reden Hauptorgans in der französischen Kammer beweisen, ist Rußland auf dem besten Wege, den Dreieinheitsbündnis Schlepptau zu nehmen. Jedensfalls kann von einer Front des Dreieinbundes gegen Rußland nicht mehr die Rede sein. Rußland nähert sich mit Riesenschritten den Zielen seiner Politik. Es ist auf dem besten Wege, England völlig zu isoliren, in Ostasien freie Hand zu erhalten, das entscheidende Wort im Orient zu sprechen, ausschlaggebend für die Politik Europa's zu werden. Frankreichs Regierung liegt ihm zu Füßen, Italien ist ihm durch die montenegrinische Heirath des Kronprinzen nahe gekommen, Deutschland und Oesterreich betonen die Gemeinsamkeit der Interessen mit dem Weltreiche der Krone. Das Wort Napoleons I., in hundert Jahren ist Europa entweder republikanisch oder kaiserlich, hat sich erfüllt. Bevor der Spruch Napoleons sein Säcularjubiläum feiern kann, ist Europa kaiserlich geworden.

Jedermann weiß, daß eine solche Machtstellung der russischen Autokratie nicht nur die auswärtige Politik Mittel- und Westeuropas beeinflusst, daß auch Rückwirkungen auf die innere Politik nicht ausbleiben können. Diese Wirkungen können um so leichter eintreten, als die deutschen und österreichischen Staatsmänner kein höheres Ziel kennen, als sich dem absoluten Systeme zu nähern. So hat das deutsche Volk aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik allen Anlaß, mit Einsatz seiner ganzen Kraft eine Politik zu bekämpfen, die auf die Welt Herrschaft Rußlands hinauslaufen muß.

### Vom Kriegsschauplatz.

Die Lage erscheint, sowohl was die militärischen Operationen oder was die Zustände in Athen betrifft, ziemlich unverändert.

In Thessalien haben Dienstag und Mittwoch heftige Zusammenstöße der beiden Gegner stattgefunden. Die Türken griffen Volo Vessotina an, wurden aber, wie aus Athen gemeldet wird, zurückgeschlagen. Die griechische Armee soll sich in und um Pharsala wieder sammeln und reorganisiren. Man hofft, die Armee werde die letzten Niederlagen wieder auf machen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz haben ebenfalls Gefechte stattgefunden, ohne daß größere Entscheidungen herbeigeführt wären. Aus Konstantinopel wird allerdings ein siegreiches Vordringen der Türken berichtet.

In Athen geht es sehr bewegt her, obwohl die Oppositionsführer zu beruhigen suchen. „Daily Telegraph“ meldet aus Athen, die Volksstimmung gegen die Dynastie sei im Wachsen. Der König lehne entschieden alle Verantwortlichkeit für den Rückzug der Armee ab. Ralli habe heute dem König gesagt, daß das Ministerium das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitze.

Es verlautet ferner, das neue Ministerium solle wie folgt gebildet werden: Präsidium Admiral Canaris oder Saitopulo, Kriegsminister Ralli, Inneres Theotiti, Auswärtiges Deligeorgios, Finanzen Carapano, Justiz Saitopulo.

Es wird auch mit großer Bestimmtheit behauptet, König Georg werde zu Gunsten des Prinzen Georg abdanken.

Die Abgeordneten der Majorität und der Minorität richteten eine Proklamation an die Bevölkerung, worin sie dieselbe zur Ruhe auffordern.

Folgende Mittheilung erscheint noch wichtig zur Charakteristik der Lage:

„Berlin, 28. April. Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Nothen Kreuz (unterertheilt B. von dem Ansebeck) theilt mit: Nach einer hier eingetroffenen telegraphischen Nachricht aus Konstantinopel, hat die Porte mit Rücksicht auf die günstige Wendung des Krieges und die Aussicht auf baldige Beendigung desselben auf Entsendung der angebotenen Abordnung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Nothen Kreuz unter erneuertem Ausdruck ihres Dankes für jetzt verzichtet.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, 28. April.

**Aus dem Reichstage.** Zu den Regierungsvorlagen, deren Zustandekommen in der jetzigen Session mehr als zweifelhaft ist, gehört die Novelle zum Alters- und Invalidengesetz, welche heute zur ersten Lesung auf der Tagesordnung stand.

Es handelt sich immerhin um eine Reihe eingreifender Bestimmungen in das bestehende Gesetz und außerdem gehen die Meinungen über die Richtung, in welcher die Reform des Gesetzes sich bewegen soll, noch so weit auseinander, daß gar nicht daran zu denken ist, daß innerhalb der wenigen Wochen, welche dem Reichstag noch zur Verfügung stehen, eine Einigung sich finden wird.

Der Abg. Köstke hat dem gegenüber den Ausweg gesucht, eine Anzahl von Paragraphen aus der Regierungsvorlage herauszunehmen, über welche sich wahrscheinlich leicht eine Verständigung zwischen den Parteien herbeiführen läßt, und so gewissermaßen ein Nothgesetz zu schaffen. In seiner Rede empfahl heute der genannte Abgeordnete, seinen Antrag ohne Kommissionsberatung zur zweiten Lesung zu bringen, um so dessen Zustandekommen in dieser Session noch zu ermöglichen.

Die Debatte gestaltete sich im wesentlichen zu einer Auseinandersetzung zwischen agrarischen und industriellen Interessenten. Für die ersteren legten sich besonders die Herren von Blöy und Camp ins Zeug, während der Standpunkt des angeklärten Großindustriellen von Herrn Köstke heute in einer langen, aber sehr gründlichen Rede dargelegt wurde. Dieser Redner polemisierte besonders glücklich gegen die in der Regierungsvorlage zum Ausdruck gelangte Absicht, die Kosten der Versicherung für die ländlichen Distrikte auf die Schultern der städtischen und industriellen Kreise abzuwälzen. Aus den Jahresberichten des Vorstandes der ostpreussischen Versicherungsanstalt wies der Redner nach, daß die mangelhaften finanziellen Ergebnisse gerade dieser Anstalt darin ihren Grund haben, daß dort die „Absicht der Arbeitgeber unverkennbar sei, die Armenlasten auf die Alters- und Invalidenversicherung abzuwälzen.“ Zugleich wies der Redner nach, daß wenn die Herren Unternehmer nur pflichtgemäß geklebt hätten, auch diese Anstalt kein Defizit hätte.

Für die Regierung nahm, in Abwesenheit des Ministers v. Bötticher, der Geheimrath v. Wödtke das Wort, der sich aber darauf beschränkte, gegen das Köstke'sche Nothgesetz und gegen den Antrag v. Blöy zu sprechen. Von dem ersteren Vorschlag meinte der Herr, daß derselbe wohl „angenehm“, aber nicht notwendig sei. Herr Camp sprach von der Vorlage wie von „böhmischen Dörfern“. Nicht einmal den Inhalt der Berichte des Vorstandes seiner eigenen Versicherungs-Anstalt kannte er.

Die Fortsetzung der Debatte wurde auf morgen Mittag 2 Uhr vertagt.

**Im preussischen Abgeordnetenhaus** begann heute die zweite Beratung des Kultusetats. Während es eine Volksvertretung, die mehr als eine bloße Karrikatur sein will, bei dieser Gelegenheit für ihre Pflicht halten würde, zeitgemäße Fragen von allgemeiner Bedeutung zur Sprache zu bringen, benutzen die Mitglieder des Abgeordnetenhauses schon seit Jahren die Besprechung dieses Etats, um immer und immer wieder die völlig überflüssige Kulturkampfbatelle herauszubehämmern. Als ob es für die Herren vom Zentrum und von der nationalliberalen Partei gar nichts Wichtigeres zu thun gäbe, als sich stets von neuem darüber zu beklagen, daß an dieser Schule zu viel katholische, an jener zu viel evangelische Lehrer angestellt seien, daß im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung die Zahl der evangelischen Ober-Regierungsräthe zu groß sei und dergleichen Dinge mehr. Weit schwerwiegendere Fragen, wie zum Beispiel die bekannten Konduitenlisten für Lehrer, die Fälle Arons und Jastrow und andere dergleichen Vorgänge, die den „Kulturstaat“ Preußen nicht gerade in ein günstiges Licht setzen, ergreifen für die Vertreter der Bourgeoisie nicht, und wenn sie sich wirklich einmal vergehen und auch solche Thematika ansprechen, so geschieht es nur nebenbei und so oberflächlich, daß sich niemand einen Erfolg davon versprechen kann.

Auch heute füllten die bekannten Klagen über Imparität einen großen Theil der Sitzung aus, wobei sich besonders die Abgeordneten Noeren (Z) und v. Eyvern (nat.) durch ebenso lauge wie inhaltslose Reden hervorthaten. Es schien freilich, als ob die beiden Kämpfer selbst allmählich zu der Einsicht gekommen sind, daß ihr Gerede überflüssig sei, denn beide erklärten, daß es ihnen viel lieber sei, gemeinsam den Kampf gegen den Unsinns aufzunehmen, bei welcher Gelegenheit allerdings v. Eyvern dem Zentrum dadurch einen kleinen Dief zu verfechten glaubte, daß er ihm die angebliche Unterstützung von Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen vorwarf und es anforderte, künftig mit den anderen Ordnungsparteien zusammenzugehen. Auch der Kultusminister Dr. Boffe, dessen Erwiderung auf die Klagen über die Bevorzugung der evangelischen Kirche weniger schroff war als im vorigen Jahre, erklärte, sich mit dem Abg. Noeren darin einig zu wissen, daß die Ueberwindung der „feindseligen Mächte der Zeit“ nur möglich sei auf dem Boden der christlichen Religion, der Schule und der Schulgesetzgebung; soviel an ihm liege, werde er, so lange er auf seinem Platze stehe, nichts unterlassen, um den Kampf gegen die „falsche Richtung der Zeit“ zu fördern und zu pflegen. — Auch die Polen brachten durch den Abg. Dr. v. Rudzowski ihre üblichen Beschwerden vor, die wie immer vom Minister als unbegründet bezeichnet wurden. Die Polen wachten es der Regierung diesmal leicht, da sie keine einzelnen Fälle anführten, sondern sich nur in allgemeinen Redensarten ergingen.

Den gegen die Dissidentenlinder geübten Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht belämpfte Abg. Seyffardt (natl.), der das bisherige Verfahren der Regierung als unzulänglich bezeichnet, weil darin die Gefahr liege, daß die Sozialdemokratie hier einsetze und für den Austritt aus der Landeskirche agitire. Seine Forderung, eine Uebereinstimmung des katholischen Rechts mit dem Verfassungsrecht durch eine Vorlage herbeizuführen, wurde vom Regierungsrath zurückgewiesen, da der diese Frage regelnde Gesetz durchaus verfassungsmäßig sei und zudem sehr milde zur Ausführung gebracht werde. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

**Bebel triumphator.** Die famose „Staatsbürger-Zeitung“ möchte den Peters-Prozess zu einem Triumpf gleichermassen gegen die Sozialdemokratie wie gegen die Regierung ausnutzen. „Herr Bebel eröffnete den Reigen, die Herren vom Freisinn und Zentrum folgten, und die Vertreter der Regierung besahen nicht die Kraft, dem unationalen, das Ansehen Deutschlands schädigende Treiben Einhalt zu gebieten.“ Die Regierung ist nach der „Staatsbürgerin“ erbärmlich schwach, sie kriecht förmlich vor den Parteen der Opposition. Da Bebel und Penzmann forderten, daß auch strafrechtlich gegen Peters vorgegangen werden müsse, erklärte Herr v. Bötticher trotz der vorausgegangenen gegenseitigen Entscheidung der Regierung, diese Frage solle nunmehr besonders erörtert werden. „Ein größeres Entgegenkommen können Demokraten und Sozialdemokraten nicht verlangen.“ Das sei eine Kapitulation vor den Vaterlandslosen“ u. s. w. — Diese Ausprüche offenbaren die ganze Gesinnungstrübheit der Herren Antisemiten. Gewiß hat die Regierung den Fehler begangen, daß sie nicht schon früher aus eigener Initiative gegen den Dr. Peters eingeschritten ist. Wenn sie es schließlich doch gethan hat und jetzt auch die Frage der strafrechtlichen Verfolgung nochmals prüfen will, so war dies ihre Pflicht und Schuldigkeit. Oder sollte sie sich mit dem Kumpen Peters solidarisch erklären? Daß es der Sozialdemokrat gewesen, der die Sache in Fluß brachte, das ist allerdings für die Vertreter von „Recht und Sittlichkeit“ anangenehm. Aber sollte die Regierung deshalb die schändlichsten Verletzungen von Recht und Sittlichkeit billigen, weil der Sozialdemokrat sie aufgedeckt hatte? Diese Zumuthung kann die „Staatsbürger-Zeitung“ nur deshalb an die Regierung stellen, weil sie diese Aufdeckung der Verfehlungen des Peters als ein „unnationales Treiben“ betrachtet. Nun, wenn „unnational“ bedeutet, daß man mit den Verbrechern der Afrika-Abenteurer austräumt, so wollen wir diesen Namen sowie den der „Vaterlandslosen“ gern tragen und überlassen der „Staatsbürger-Zeitung“, unter dem Titel „national“ zu sein, die Vertretung aller Gemeinen und Abscheulichen.

**Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.** Unser Zwickauer Korrespondent schreibt uns unterm 27. d. M. Western Abend 7 Uhr wurde der wegen Majestätsbeleidigung verhaftete Redakteur des sächsl. Bergarbeiter-Organs „Blitz Auf“, Genosse Frehe, in Freiheit gesetzt, nachdem ihm seitens des Staatsanwalts eröffnet worden war, daß die Verdachtsmomente gegen ihn beratt abgeschwächt seien, daß er persönlich nicht mehr in Haft zu halten sei, auch scheint es nicht ausgeschlossen, daß das Verfahren gänzlich gegen ihn eingestellt werde. Genosse F. hat 10 Tage einschließend der Osterfeste die sächsische Ferienkolonie bewohnt. Ein Antrag, ihn gegen 6000 M. Kaution aus der Haft zu entlassen, war abgelehnt worden.

Aus B. a. m. berichtet die Elberfelder „Freie Presse“ unterm 28. d. M.: Eine Majestätsbeleidigungsgeschichte von hier fand gestern vor dem Landgericht ihre Aburtheilung. Der Abblader Heinrich Oberbeck sollte hier am 13. Februar in seinem Logis in betränktem Zustande den Kaiser beleidigt haben. Dem Angeklagten war an dem betreffenden Tage von seinem Arbeitgeber die Steuer am Lohn abgezogen worden. Eine Woche später kam er mit seiner Logisgeberin, der Frau des Flaschenbierhändlers Frh. Winkler, Westkottentose, in Unfrieden, und nun sorgte diese für die Denunziation. Sie vertat dieselbe auch vor Gericht mit großem Eifer und bestritt die Einrede des Angeklagten, er sei sinnlos betrunken gewesen. Sie würde aber ihren Wunsch, den Angeklagten verurtheilt zu sehen, nicht erreicht haben, wenn nicht der bei der fraglichen Äußerung anwesend gewesene Knecht Karl W. dieselbe auch bestätigt hätte. Der Herr Vorsitzende bemerkte mit recht: „Wir haben hier eine Sache, die gegen das Gefühl geht, müssen aber den Angeklagten verurtheilen.“ Es wurde aber nur auf das geringste geleschlich zulässige Strafmaß, zwei Monate Gefängnis, erkannt. Wie wenig der jetzt Berufung die strafrechtliche Bedeutung seiner Worte erkannt haben mag, geht daraus hervor, daß er auf die Frage, ob er vielleicht in einer sozialdemokratischen Wirthschaft verkehrt habe, erwiderte: „was ist das, sozialdemokratisch?“

### Deutsches Reich.

— **Friktionen im Ministerium.** Aus Berlin meldet die „Kölnische Zeitung“: Unter Hinweis darauf, daß das Vereinsgesetz immer noch nicht dem Abgeordnetenbunde zugegangen ist und angesichts der langen Verhandlung des Kultusrats werde allgemein angenommen, daß innerhalb der Staatsregierung doch schärfere und tiefere Meinungsverschiedenheiten bestehen, als bisher angenommen wurde.

— **Eine Stärkung des „Mittelstandes“** sollen die neuesten Ergebnisse der Einkommensteuer-Statistik erweisen. Im Erhebungsjahr 1892/93 betrug die Zahl der Jeniten mit Vermögen von 900—3000 M. 7,09 pCt. der Bevölkerung. Diese Zahl stieg für das Jahr 1896/97 auf 7,41 pCt. Die Jeniten mit Vermögen über 3000 M. machten in beiden Jahren 1,06 pCt. aus. Es liegt also eine kleine Vermehrung der Jeniten mit 900—3000 M. vor, während die Zahl der reichen Leute relativ zur Bevölkerungszunahme stationär geblieben ist. Auf Grund dieses ganz unzulänglichen Ziffermaterials wird fröhlich eine Stärkung des Mittelstandes demonstriert. Sobald die statistischen Ergebnisse vollständiger vorliegen werden, werden wir uns näher damit befassen. Bisher haben die Resultate der Einkommensteuer-Statistik niemals einen Anhalt dafür geboten, daß der sogenannte Mittelstand im Aufschwung begriffen sei. Also wird es sich wohl auch mit der jetzigen preussischen Einkommensteuer-Statistik nicht anders verhalten.

— **Die Freisinnigen von ihren eigenen Anhängern** gerüttelt. Die „Breslauer Morgen-Zeitung“, ein Organ der freisinnigen Volkspartei giebt unserm Blatt recht, daß es erst der Sozialdemokratie bedürft hätte, um den Peters auszumergen, und sagt hinzu: „Das Verdienst, die beleidigte Menschheit an jenem Kolonialhelden anzücht zu haben, konnten sehr wohl die Freisinnigen sich erringen.“ Ja, sie konnten, aber es fehlt ihnen selbst in solchen Fragen jene naturwüchsigste Kraft des Unwillens, welche gegen Reibheit und Inhumanität vorgeht, wo sie sich finden, ohne Rücksicht und Bedenken.

— **Königsberg i. Pr., 28. April.** Wie der „Ostpr. General-Anzeiger“ meldet, ist von der deutsch-sozialen Reformpartei als Kandidat für die bevorstehende Reichstags-Verfassung in Königsberg der Glasmeister Störmer daselbst aufgestellt worden.

— **Allelei Waffen** wenden die Pommer'schen Regierungsmänner und Agitatoren an, um die Bauern, die sich nicht mehr geduldig irrtümeln lassen wollen, in ihren Händen festzuhalten. Seit einiger Zeit machen die Bauern Pommer's etwas kräftiger auf gegen die bäuerliche Rückwärtserei und Heuchelei. Die Freisinnigen bemähen sich in dem von ihnen

begründeten Verein „Nordost“, den Junkern ein Paroli zu bieten. Letztere sind darüber sehr erboht. Das Junkerthum glaubt mit allen Mitteln seinen politischen Bestand und die blauerliche Trägheit erhalten zu müssen. Und es marschirt unter herrlicher Führung. Ein Landrath aus dem rühmlichen Hause der Puttkamer und der ehemalige Staatsminister v. Köller, der große Sozialistenhölzer, kämpfen um die Wette gegen die aufrehrerischen Bauern. Jeder so gut wie er kann, wie seine Verhältnisse es gestatten. Der Landrath kämpft mit dem Vereinsgesetz, der Herr v. Köller, da er mit Gesetzen und Gesetzesauslegungen nicht mehr wirken kann, hat sich — man staune — zum Selbstlamp aufgesetzt.

Erstlich sind die Methoden, mit denen der lgl. Landrath v. Puttkamer gegen die Versammlungen des Vereins „Nordost“ vorgeht. Er hat im Stolper Kreise folgende Verfügungen ergehen lassen:

„Wenn zwei Versammlungen zeitlich hintereinander, zum Beispiel für 4 1/2 und 6 1/2 Uhr nachmittags, angemeldet sind, und die erste aus irgend einem Grunde aufgelöst werden sollte, gilt die zweite in diesem Falle lediglich als eine Fortsetzung der ersten und muß deshalb aufgelöst werden.“

Sobald eine Versammlung überfüllt ist, beziehungsweise dem überwachenden Polizeibeamten keine Uebersicht bietet, ist die Versammlung ohne weiteres aufzulösen.

Auf Grund der §§ 10 und 40 des preussischen Pressegesetzes vom 21. Mai 1851 (Ges. S. 272), welche das Vertheilen von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Straßen ohne die erforderliche Erlaubnis verbietet) ordne ich hierdurch an, daß das Vertheilen von Druckschriften in öffentlichen Versammlungen des Bauernvereins „Nordost“, wie es bisher stattgefunden hat, zu verhindern ist. Bei Nachsicherung der polizeilichen Genehmigung ist dieselbe in jedem Falle zu versagen. Die zu vertheilenden Druckschriften sind zu beschlagnahmen, und sofort Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Stolp zu machen.“

Diese Verfügungen sind offenbar in keiner Weise dem Geist und Wortlaut des Vereinsgesetzes entsprechend. Es bleibt abzuwarten, was der Minister v. d. Recke, an den Beschwerde erhoben worden ist, dazu sagen wird.

Unterdes versucht Herr v. Köller mit „geistigen Waffen“ den Gegner zu strecken. Als am letzten Sonntag der Abg. Pachide von der freisinnigen Vereinigung in Rannum einen Vortrag hielt, trat ihm Herr v. Köller entgegen. Welche plebejischen Gewohnheiten, Herr Minister, sich in den Staud und den Qualm der Volksversammlungen zu begeben! Es verlohnt sich freilich nicht, die Ausführungen des burschlosen Herrn wiederzugeben, denn, trotzdem keine Würde des Amtes in mehr drückt, ist sein Politisieren noch immer unangekündigt von Studium und Wissen. „Ich bin auch Bauer, und wir Bauern müssen alle zusammenhalten...“ das war das Hauptbedeutnis des Herrn v. Köller, folglich verurtheilte er die Handelsverträge, welche nicht erneuert werden dürfen. Als ihm dann gesagt wurde, daß das, was er vertritt, weit über dasjenige hinausgehe, was die gegenwärtige Regierung vertritt, machte er den interessanten Zwischenruf: „Darum bin ich ja auch ausgetreten.“ Der „Deutschen Tageszeitung“ hat dies Ausreden ihres Freundes so gefallen, daß sie den Wunsch ausdrückt, ihn im Reichstage als Abgeordneten zu sehen. Auch wir hätten nichts dawider.

Nurzum, in Pommern bereiten sich die Reichstagswahlen mit allerlei kleinen Klänzelgefechten vor. Vorkämpfer zwischen Freisinn und Bündler. Freilich darf man die Sache nicht überschätzen. Die linken Freisinnigen werden wahrlich die pommer'schen Bauern nicht in „Revolutionäre“ verwandeln. Das werden die Puttkamer und Köller erst aufstellen, wenn die Sozialdemokraten ihre Thätigkeit einstellen werden.

— **Reichsgerichtsrath Dr. Stenglein** will, wie verlautet, in den Ruhestand treten. Dr. Stenglein hat bekanntlich alle schlimmsten Klänzelereien der heutigen Strafjustiz zu verheißigen versucht und hat sich dabei in letzter Zeit von seinen freier gerichteten Presse nicht nur, sondern auch von sehr angesehenen Juristen kräftige Abfuhr geholt. Wenn er in dem Ruhestand geht, so hat die deutsche Rechtsprechung nichts verloren.

— **Die Wüste Ferdinand Lassalle's im schlesischen Provinzial-Museum.** Ein in Breslau hochangesehener Arzt, der vor einigen Jahren verstorbenen Geheimen Sanitätsrath Dr. Gräber, schenkte dem schlesischen Provinzial-Museum eine Wüste, welche seitens des Museums mit dem üblichen Dank angenommen wurde. Ueber das Schicksal dieser Wüste macht die „Volks-Zeitung“ die folgenden interessanten Mittheilungen: „Besagte Wüste ist nicht in den für das Publikum zugänglichen Räumen ausgestellt. Auf Befragen wurde unserem Gewährsmann der Bescheid, daß die Wüste zwar vorhanden sei, die öffentliche Ausstellung jedoch nicht geschehe. Dieses an sich vielleicht harmlose und alltägliche Geschickliche dürfte an Interesse gewinnen, wenn wir mittheilen, daß es sich um vorliegenden Falle um die einzige Wüste handelt, welche von Ferdinand Lassalle, einem geborenen Breslauer, zu dessen Begebenen angefertigt worden ist. Die Wüste gehörte Lassalle's Mutter, die sie ihrem langjährigen Hausarzt, dem eben genannten Geheimen Sanitätsrath Dr. Gräber, bei ihrem Tode vermachte. Es fragt sich nun, ob die Verwaltung des schlesischen Provinzial-Museums sachlich Gründe dafür hat, die betreffende Wüste, wie es den Anschein hat, in ihren Kelleräumen zu beherbergen. Wenn dies der Fall sein sollte, so ist uns unerfindlich, aus welchen Gründen das Museum das Geschenk nicht abgelehnt hat. Daß man die Wüste zwar annehmen, aber sie sozusagen als Amtsgeheimniß der Direktion behandeln würde, ist denen, welche die Wüste dem Museum als Geschenk zugewendet haben, bei Entgegennahme des Geschenks gewiß nicht gesagt worden.“

— **Das vertheilte Siegesmahl.** Es wird bekannt, daß die Berliner Abtheilung der Kolonialgesellschaft in selber Erwartung der Freisprechung des Dr. Peters bereits im voraus ein Siegesmahl vorbereitet hatte.

Das Nachmahl des „großen Afrkaners“ dürfte jedoch nicht sehr heiter gewesen sein.

### Oesterreich.

— **Ueber die Verhandlungen im Abgeordneten-hause** am Mittwoch liegen folgende Depeschen vor:

Wien, 28. April. Die Abgeordneten Evert und Genossen, sowie v. Schönerer und Genossen brachten Dringlichkeitsanträge wegen Aufhebung der Sprachverordnung ein. Ebenhoch und Genossen überreichten Dringlichkeitsanträge wegen Aufhebung der Gewerbe-Ordnung. Vor Uebergang zur Tagesordnung verlangte Gdly sofortige Verhandlung der Dringlichkeitsanträge. In namentlicher Abtinnung wurde beschloffen, am Schlusse der Sitzung über die Anträge zu verhandeln. Das Haus trat sodann in die erste Lesung der Regierungsvorlage über die Ehel ein. Abrahamowicz beantragte Ueberweisung der Vorlage an einen Justizauschuß von 24 Mitgliedern. Schäfer Ueberweisung an einen besonderen Ausschuss von 32 Mitgliedern und Funke an einen Ausschuss von 31 Mitgliedern. Ueber die letzten beiden Anträge wurde unter dem Beifall der Linken und großer Heiterkeit des Hauses namentlich abgestimmt. Die Anträge Schäfer und Funke wurden in namentlicher Abtinnung abgelehnt. Es folgte die erste Lesung des Handelsvertrages mit Bulgarien, wobei Lecher (deutsch-fortschrittlich) die von seiner Partei begonnene Obstruktionspolitik begründete.

Diese Obstruktionspolitik richtet sich gegen die Sprachenverordnungen, sowie überhaupt gegen die von den Deutschen behauptete Begünstigung der slavischen Völker. Der deutsch-böhmische Abgeordnete Ruz hat in der „Neuen Freien Presse“ eine Zuschrift unter der Ueberschrift „In letzter Stunde“ veröffentlicht, worin unter Hinweis auf die von den Czechen erzielten politischen Erfolge aufgefordert wird, daß die deutschen Abgeordneten ebenfalls eine Opposition aufzuführen machen sollen. „Noch würden 50 entschlossene deutsche Abgeordnete zu finden sein, die Tag um Tag alle Mittel der Geschäftsordnung anwenden, um jede sachliche

parlamentarische Thätigkeit so lange zu hemmen, bis das deutsche Volk in Böhmen und ganz Oesterreich sein Recht finde. Dieses verzweifelte, aber geschliche Mittel sei nöthig, sonst wäre es einfacher, den Staat ohne Murren den Slaven und Rückschrittlern zu überlassen.“ Es wird sehr fraglich sein, ob es den Deutsch-Fortschrittlern gelingen wird, diesen Plan durchzuführen, da sie keineswegs in derselben Weise wie früher die Czechen auf eine genügend große und zuverlässige Zahl von Anhängern rechnen dürfen.

### Schweiz.

**Bärlch, 26. April.** (Sig. Ber.) Die Urstätte der Schweizerischen Demokratie, der Kanton Nidwalden, der als Theil des Kantons Obwalden vor 600 Jahren am Kampfe gegen die Bögte und für den Schweizerbund wie für die Freiheit theilhaftig war, wird heute von Rom aus beherrscht. Der Bischof in Chur, zu dessen Diözese der Kanton Nidwalden gehört, erkies im Luzerner „Vaterland“ eine Knudgebung, monach die neue Verfassung nicht auf dem Boden der Religion stehe und deshalb kein treuer Katholik für sie stimmen könne und richtig ist sie verworfen worden. So lange der Klerus noch so treue Schäflein hat, wie diese harmlosen Nidwaldener, so lange blüht auch in der Schweiz noch sein Weizen. Ein ehrenvolles Zeugniß für die demokratische Schulung und selbstständigen Denken des Volkes ist aber diese Verwerfung der revidirten Nidwaldener Verfassung, welche der berrschenden und habfüchtigen katholischen Kirche mehr als gewöhnliche Eibogenfreiheit ließ, nicht. — Die Appenzeller Landsgemeinde war von etwa 11000 stimmberechtigten Bürgern und vielen Tausenden Zuschauern besucht, nahm die neuen Steuergerese sowie die übrigen Vorlagen an und wählte alle Beamte wieder, welche nicht demissionirt hatten.

### Spanien.

— **Die Greuel in Barcelona** und Herr v. Egidy. Eine in Berlin am 28. März stattgehabte Protestversammlung hatte Herrn v. Egidy beauftragt, dem spanischen Votschafter Kenntniß zu geben von der Stimmung, die die Gestitteten des deutschen Volkes, soweit sie Kenntniß von den Vorgängen in Barcelona, von den gegen die Inhaftirten verübten unmenschlichen Grausamkeiten haben, beherstet. „Ich habe mich“, so berichtet Herr v. Egidy jetzt darüber in seinem Organ „Beobachtung“, dieses Auftrags erledigt, und habe bei dieser Gelegenheit erfahren, daß das amtliche Spanien die geschilderten Vorgänge für unmahr erklärt; ich habe den Eindruck, daß der Vertreter des spanischen Volks in Berlin an dies nicht-wahr-sein auch wirklich glaubt; wieviel die ihn instruirenden Behörden dabei ehrlich zu Werke geben, entzieht sich unserer Beurtheilung. Der Herr Votschafter stellte mir sogar in Aussicht, daß in nicht ferner Zeit die Unwahrheit der behaupteten Vorgänge erwiesen sein werde. Der Aufruf des gefolterten Besessenen Cayo läßt ahnen, wie der Beweis erbracht oder wenigstens versucht werden soll. Nicht wäre erfreulicher, als wenn sich die Behauptungen wirklich als unmahr erwiesen; die Erscheinungen zwingen uns indeß, die Möglichkeit einer solchen Beweisführung energisch anzuzweifeln. Jedenfalls darf die Sache nicht ruhen. Der gestittete Mensch macht Front gegen jedes Uebel, das ihm entgegentritt. Hier können wir zwar nur helfen, indem wir protestiren, demonstrieren appelliren. Wenn aber alle, die sich solchen Vorgehen anschließen, die, wenn es sich um die Verurtheilung eines einzelnen Bomben, Säbel, Messer, Knuten oder Pistolenhelden handelt, unter den Vordersten in der Besetzung gesehen sein möchten, wenn alle diese laut und lebhaft mitprotestiren würden gegen die viel schändlicheren Handlungen, die hier im Namen und im Dienste eines „christlichen“ Gemeinwessens verbrochen wurden, würde doch vielleicht das Loos der jetzt noch Leidenden zu mildern sein; jedenfalls würde das von einem sogenannten Kulturstaat begangene Verbrechen als solches vor aller Welt gebrandmarkt. In der berechtigten Voraussetzung, daß die Vorkommnisse von den obersten Vertretern jenes Staates und von dem Haupttheil des spanischen Volkes selbst nicht aufgehehen werden, dürfen wir in einer solchen öffentlichen Brandmarkung eine Gewähr dafür erblicken, daß einer Wiederholung ähnlicher Greuel vorgebeugt werde. Darauf hin zu wirken ist die Pflicht derer, die im Dienste der Entwicklung stehen. Die Menschheit als solche — jeder einzelne von uns — ist zum Träger des heiligen Entwicklungsgebanten berufen. M. v. Egidy.“

### Dänemark.

— **Das sogenannte „Prügelgesetz“**, die von der dänischen Regierung beantragte Verschärfung des Strafgesetzes, stand im Follething zur zweiten Lesung. Das Gesetz ist mehrmals in Kommissionen völlig umgearbeitet worden und kann in seiner neuesten Gestalt mit Zug und Recht „Gesetz betreffend Zwangsarbeit“ genannt werden. Das Gesetz verlangt bekanntlich das Recht, Personen, die gegen jemand Gewalt ausüben, ohne ihm Verwundungen oder anderen Schaden zuzufügen, von Staats wegen anklagen zu können, und will auf solche Vergehen „Zwangsarbeit“ setzen. Der Ausschuss hat nun neuerdings folgende Änderungen vorgenommen: 1. Auf Zwangsarbeit bis 6 Monot kann nur im Wiederholungsfall erkannt werden. 2. Der Ausschuss widerseht sich den vom Ministerium beantragten Prügelstrafen für Personen, die zur Zwangsarbeit verurtheilt sind.

Der Vorsitzende der Ausschussmehrheit beantwortete die Anträge derselben. Der Ausschuss meint, Uebelthäter, wie sie das Gesetz treffen will, bestehen gar nicht mehr, sondern haben einmal bestanden vor zwölf Jahren (!). Dennoch will man darauf eingehen — falls solche Vergehen noch vorkommen — sie einer strengen Strafrafung zu überliefern, aber man wünscht in dieser Weise nur die Gewohnheit zu Gewaltthätigkeiten zu treffen. Ebenso ist der Ausschuss gegen die Prügelstrafe, weil der Beweis der Nothwendigkeit dafür nicht erbracht sei. Brutale Strafen vermehren nur die Brutalität der Gefangenen.

Der Justizminister bedauerte diese Änderungen. Er fürchtete, daß das Gesetz in dieser Form nicht mehr seinem Zweck entsprechen würde. Er hofft, daß der Landstehing dem Gesetze eine Gestalt geben wird, die den Bürgern mehr entspricht.

Der Vertreter der Liberalen lähe es am liebsten, wenn der Entwurf ganz abgelehnt würde. Nur auf Grund der Änderungen hätten sie sich überhaupt entschließen können, beizustimmen.

Winkel als Redner der Sozialdemokratie führte aus: Die Sozialdemokratie befreit rund heraus das Bedürfnis nach einem solchen Gesetze. Wenn vor zwölf Jahren eine starke Konfession existirte, so brauchen wir deshalb doch heute kein solches Gesetz! Die geleschlichen vorhandenen Bestimmungen reichen für solche Vergehen völlig aus. Nicht nur brutale Strafen schaffen brutale Gesinnung, sondern auch brutale Geschäftszustände. Die Liberalen Linke redet immer von demokratischen Reformen; aber wenn es zu Thaten kommt, will sie doch zu weiterer Vergewaltigung mitgehen. Auch der Vorsitzende der Ausschussmehrheit erklärt, wenn die Regierung das Gesetz so nicht haben wolle, möge sie es fallen lassen, bedauern würde das niemand!

Bei der schließlichen Abstimmung werden die Änderungen des Ausschusses angenommen.

### Asien.

— **Mit der „Pacifizierung“** der Philippinen, die von Madrid aus mit großer Euphase in die Welt posant wurde, schreit es nicht weit her zu sein. Ein Telegramm aus Manila vom 28. April meldet, daß in Jolo ein neuer Aufstand ausgebrochen ist, der besser vorbereitet war als alle früheren und nur durch ein wahres Wunder im Reime erstickt werden konnte. Die Mannschaften des 68. Regiments und die auf der Insel weilenden Departirten hatten einen Handreich vorgeleitet, um alle Spanier zu tödten. General Quertes, der Gouverneur von Jolo sollte vergiftet werden und gerade, als er sich anschickte, von den vergifteten Speisen zu essen, verrieth ihm eine indische Dienerin den Plan der Mordellen. Der General ließ sofort die Wachen verstärken, und die Leiter der Verschwörung wurden festgenommen und vor ein Kriegsgericht gestellt, welches zwei Hauptlinge und vier Soldaten zum Tode und zehn Soldaten zu lebenslängliche Fuchthausstrafe verurtheilte. Die zum Tode Verurtheilten wurden noch an demselben Tage erschossen.

— Rußlands Einfluß. Dem „Neuer'schen Bureau“ wird am 28. April aus Yokohama vom heutigen Tage gemeldet, der koreanische Kriegsminister habe die Anwerbung von 168 russischen Soldaten für den Dienst auf Korea beantragt. Das koreanische Kabinett sei über diesen Vorschlag getheilte Meinung, die japanische Regierung erhebe Einspruch gegen denselben.

Wichtiger noch sind die Bestrebungen Rußlands, seine politische Stellung in Zentralasien zu befestigen. Die „Nowoje Wremja“ erinnert an das große Projekt der Verlängerung der russischen transkaspischen Bahn über Teheran bis zum persischen Golf. Sie weiß natürlich auch, daß die Engländer diesem Plan mit größtem Mißtrauen gegenüberstehen, da sie nach wie vor das größte Interesse haben, Persien nicht noch mehr als bisher schon unter russischen Einfluß kommen zu lassen. Erst kürzlich soll eine Auseinandersetzung zwischen der englischen Regierung und dem Schah stattgefunden haben wegen dem Entgegenkommen, welches dieser Rußland gegenüber zeigt. Die russische Regierung wollte im Einvernehmen mit der persischen 400 Kosaken nach Persien dirigieren, damit dieselben die persisch-afghanische Grenze sanitätspolizeilich überwachen. Die englische Regierung erhob gegen diese Maßregel starke Proteste. Sie soll dem Schah erklärt haben, daß falls irgend eine russische Truppenabteilung die Grenzen Persiens überschreite, die englischen Truppen sofort die wichtigsten Häfen des persischen Meerbusens besetzen würden. Die Drohung hat anfänglich auf den Schah starken Eindruck gemacht, nachdem er aber nochmals mit der russischen Regierung in Beziehung getreten war, gab er nicht bestoweniger seine Einwilligung zum Uebertritt der Kosakentruppe auf persisches Gebiet. Das ist vor etwa Monatsfrist geschehen, ohne daß die englischen Drohungen in Erfüllung gegangen wären. Das Bahnprojekt aber dürfte doch zu sehr scharfen Auseinandersetzungen führen. Zentralasien wird bei den großen Entscheidungen der Zukunft eine erste Rolle spielen.

### Afrika.

— England will seine Truppen in Südafrika weiter verstärken. Die „Daily Mail“ meldet, sollen anfangs Mai drei Feldartillerie-Bataillone unter dem Kommando eines Oberstleutnants nach Südafrika abgehen. Eine vergleichende Tabelle der Truppenstärke in Südafrika zeigt eine Erhöhung von 5000 Mann seit Jameson's Einfall.

### Amerika.

— Die Geschäftslage in den Vereinigten Staaten“ und die Dingley-Bill. Die „New-Yorker Handels-Zeitung“ schildert in ihrer Nummer vom 17. April die Geschäftslage ziemlich pessimistisch. Die Unsicherheit über das Schicksal des Zollgesetzes vermindert die Fabrikanten, Importeure, Großhändler und sogar Detailisten, ihren Unternehmungen jene Energie zu geben, welche bei einer sicheren, keinen Wechselfällen ausgelegten Lage vorhanden sein würde. Seitdem die Dingley-Bill an den Bundesrat gelangt und Gegenstand der Erwägungen im Schooße des Finanzkomitees geworden ist, schwirren allerhand Gerüchte durch die Luft, durch welche große Verwirrung entstanden ist. Es wird von Seiten der Republikaner behauptet, für die Passirung der Dingley-Bill sei im Senat eine sichere Majorität von 45 Stimmen vorhanden. Von Seiten der Opposition wird behauptet, eine solche Mehrheit sei, wenn es zum Klappen komme, nicht erzielbar, und es sei notwendig, den opponierenden Elementen bedeutende Zugeständnisse zu machen, wenn die Bill überhaupt in irgend einer Form Gesetzeskraft erlangen solle. Inzwischen dauert die Pression von Außen her mit Macht fort, und von der einen Seite drängt man auf Verminderung, auf der anderen Seite auf Erhöhung der Zölle. Senator Mantle von Montana (ein Silber-Republikaner) verlangt im Namen der Bollwäcker höhere Zölle und wirft Dingley vor, er habe zu einseitig zu Gunsten der Bollstofffabrikanten diskriminirt. Das Schuß- und Lederinteresse läßt durch seinen hervorstechendsten Vertretungsorgan auf freie Einfuhr von Häuten und Leder drängen. Der Kampf auf der ganzen Linie dauert fort, und es ist daher schwer vorauszusagen, wie dieser Kampf aller gegen alle enden wird. Außerdem hat Senator Best den ersten Sturm auf die Dingley-Bill dadurch begonnen, daß er dem Senat einen Beschluß zur Annahme unterbreitete, wonach die administrativen Anweisungen des Schatzsekretärs mit Rücksicht auf die rückwirkende Kraft des Gesetzes für ungeschieden erklärt werden sollen. Das Schicksal der Bill ist also noch sehr unbestimmt.

— Die Pacification Kubas. Die der „Intern. Korresp.“ aus Madrid berichtet wird, ist bereits zwischen der spanischen und nordamerikanischen Regierung ein Abkommen betreffs der Pacification Kubas getroffen. Die Regierung in Washington hat das kubanische Revolutionskomitee in New-York angewiesen, weitere Expeditionen nach Kuba zu unterlassen, desgleichen wurde der Revolutionsgeneral Sanguinillo, der an die Stelle des gefangenen Rius Rivera treten wollte, in New-York zurückgehalten. Auch der Führer Maximino Gomez, der noch in den südlichen Theilen der Insel den Aufstand leitet, soll bereits vom New-Yorker Komitee abberufen sein. Die spanische Regierung habe sich dagegen verpflichtet, den Kubanern eine Selbstverwaltung zu gewähren und einen Differentialzolltarif zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zuzulassen. Man muß auch diese Madrider Meldung mit Zurückhaltung aufnehmen. Ganz so weit dürfte die Sache wohl noch nicht gediehen sein.

— Die Raumann'sche „Zeit“ bringt in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel: Die Tariffgemeinschaft der Buchdrucker, worin ein organisirter Buchdrucker in vier langen Spalten seine Herzensergießungen gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht und unter einem Schot sonstiger Verunglimpfungen wider die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auch eine Reihe von Bekleidungen gegen meine Person bringt, die speziell ein beifolgender Verleumder der Sozialdemokratie, der bekannte Buchdrucker Wilhelm Werner zu kopulativen pflegte, die ich aber bereits vor Jahren als solche zurückgewiesen habe.

Der „organisirte Buchdrucker“ behauptet u. a., daß der „Vorwärts“ in der Streitfrage über die Tariffgemeinschaft jetzt „scheinbar gute Meinungen bösen Spiele gemacht“ und schließt daran: „Dann hat der Reichstags-Abgeordnete Fischer, der Leiter der Buchdrucker-„Vorwärts“, öffentlich erklärt, nicht etwa, daß er Anhänger der Tariffgemeinschaft sei, sondern nur, daß er die Handlungsweise des früheren „Correspondent“-Redakteurs nicht billige. Das ist auch etwas. Allerdings ist Herr Fischer in einem Wahlkreis gewählt, in dem ein verhältnismäßig großer Theil der Berliner Buchdrucker wohnt, und er hat alle Ursache, sich deren Freundschaft zu erhalten, zumal er so wie so bei ihnen schlecht angeschrieben ist, inwiefern er als früherer Schriftsetzer seinerzeit seine Verbandsmitgliedschaft aufgab und „Rauhbein“ wurde, weil er einige Beitragsreste nicht bezahlte.“

Soviel Behauptungen, soviel Unwahrheiten! Ich habe im „Correspondent“ ungewidmet erklärt, daß ich in der Frage der Tariffgemeinschaft auf einen der „Buchdrucker-Wacht“ entgegengesetzten Standpunkt stehe. Das ist für jeden anständigen und denkfähigen Menschen klar. In dem Streit über die Borchgrevink oder der jetzigen Tariffabmachung mich einzumischen, hatte ich, der ich im Verufe nicht arbeite, keinen Anlaß; dieser Streit hat mir der grundsätzlichen Frage der Tariffgemeinschaft gar nichts zu thun, sondern ist in letzter Linie die Entscheidung der Frage, welcher von den beiden Kontrahenten, Prinzipale und Arbeiter, die geschickteren Unterhändler delegirt hatte. Und darüber kann man freilich verschiedener Meinung sein.

Ob ich gut oder schlecht bei den Berliner Buchdruckern angeschrieben bin, mag auf sich beruhen, auf jeden Fall verzichte ich gern auf das Wohlwollen dieses „organisirten Buchdruckers“ der „Zeit“; aber eine aus den Fingern gefogene Lüge ist es, daß ich die Verbandsmitgliedschaft aufgegeben und „Rauhbein“ geworden, weil ich einige Beitragsreste nicht bezahlte.“

Mitglied der Buchdruckerorganisation war ich vom Jahre 1873 bis zum Oktober 1888 und ich habe selbstverständlich bis zum letzten Tage meine Beiträge bezahlt. Im Oktober 1888 ging

ich von Jülich nach London; in London konnte ich nicht Mitglied des schweizerischen Typographenbundes bleiben, aber auch nicht der englischen Buchdruckerorganisation beitreten, die nur im Verufe Arbeitende als Mitglieder aufnimmt. Im Herbst 1890 kam ich nach Berlin. Als ich hier dem Buchdruckerverband wieder beitreten beabsichtigte, sollte ich für die zwei Jahre des Londoner Aufenthaltes Beiträge nachbezahlen. Dazu halte ich, der seit Jahr und Tag nicht mehr im Verufe thätig war, und für den also sogar nicht einmal die Kassenzwecke in Frage kamen, durchaus keinen Anlaß — und so unterließ der Beitritt, der doch für beide Seiten nur akademische Bedeutung haben konnte. Und trotz verschiedener Anrempelungen von „organisirten Buchdruckern“, die ihrerseits freilich die Verpflichtung der politischen Organisation nicht anerkannten, bin ich auch seither dem Verbands nicht beigetreten, denn meiner Auffassung nach sind die Gewerkschaften doch für die in dem betr. Verufe thätigen da und eröffnen nur diesen sowohl in ihrem Kampf wie in ihren Kassenzwecken ein Thätigkeitsfeld.

Was nun gar die geschmackvolle Wendung betrifft, meine Stellung zur Tariffgemeinschaft erkläre ich daraus, daß in meinem Wahlkreis „ein verhältnismäßig großer Theil der Buchdrucker wohnt“, so charakterisirt diese ebenso sehr die Redaktion der „Zeit“ wie den „organisirten Buchdrucker“. — Herr Raumann, der freilich als Parteigründer in seinem Programm jedem etwas anbietet, zeigt damit höchstens, daß er als Redakteur den Pfaffen noch nicht genügend abgestreift hat. Zu einer Erwiderung giebt eine solche ordinäre Unterstellung keinen Anlaß; sie steht auf derselben Höhe wie die weitere Wendung, daß die Mehrzahl der Arbeiter das Warten auf den Kladderadatsch satt habe, zumal die vielen Parteibeiträge doch gar so wenig Früchte bringen.“

Wir haben also nach diesen Proben die erfreuliche Aussicht, Herrn Max Raumann demnächst Arm in Arm mit Stumm von den „Arbeitertrosten“ beklammern zu hören, mit denen die sozialdemokratischen Führer sich wägen.

Dann ist freilich dieser „organisirte Buchdrucker“ der würdige Dritte im Bund.

## Reichstag.

210. Sitzung vom 28. April, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Büttcher.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend den Servistarif und die Klassenverteilung der Orte.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Invalidenversicherungs-Gesetzes. In Verbindung damit wird berathen der Antrag der Abgg. v. Plötz und Geisler (L) betreffend die Invalidenversicherung und der Antrag des Abg. Rösicke (liberal-liberal), welcher aus der Vorlage einige Bestimmungen herausgreifen will.

Abg. v. Plötz (L.): Die Vorlage enthält manches Gute, aber im großen und ganzen sollte man doch lieber noch mit dem bestehenden Gesetz weiter arbeiten, um dann endlich gründliche Arbeit zu machen. Vortheilhaft ist die Bestimmung, daß die vorübergehend beschäftigten Arbeiter nicht mehr versichert zu werden brauchen. Auch bezüglich der ausländischen Arbeiter sollte man die Versicherungspflicht ausdehnen. Günstig ist für die Arbeiter die Einrichtung einer neuen fünften Lohnklasse. Nicht annehmbar ist die zu scharfe Kontrolle der Versicherungsanstalten, deren Selbstverwaltung sich bewährt hat. Die Vermehrung der Schiedsgerichte, die erleichterte Eingehung der Beiträge, die bessere Verteilung der Kosten zu Gunsten des Ostens sind anzunehmen. Ueber den letzten Punkt wird wohl eine allgemeine Verständigung nicht möglich sein. Die Anstalten des Ostens werden dafür stimmen, daß die Rentenlasten zur Hälfte getheilt werden zwischen der Gesamtheit und den einzelnen Anstalten. Der Osten bezahlt jetzt nicht bloß die Renten für seine Arbeiter, sondern auch die Renten für diejenigen, die im Westen ihre Arbeitskräfte aufgebraucht haben und als Invaliden nach dem Osten zurückkehren. In allen Bevölkerungsklassen wird die Befreiung des Marktenlebens verlangt. Daraus ist in der Vorlage nicht die Rede; deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht, der nicht undurchführbar ist. Ebenso wie durch Marken die Arbeitsdauer nachgewiesen wird, kann dies durch Eistenführung geschehen. Eine weitere Vereinfachung ist die von uns beantragte Einheitsrente, die eigentlich bei den Sozialdemokraten, die alles über einen Kamm scheren wollen, keinen Widerspruch erregen sollte. Wir haben aber für diejenigen, welche ein Einkommen versteuert haben, eine Erhöhung der Renten in Aussicht genommen. Die Hauptsache unseres Antrages ist aber die Anführung der Mittel durch Zuschläge zur Einkommensteuer. Wir wollen die Last auf die Gesamtheit der Steuerzahler übertragen, weil die jetzige Verteilung der Lasten ungerecht ist. Wieviel saure Tropfen Schweißes leben an einem Wispel Getreide, welches der Bauer erzeugt, ohne daß er daran etwas verdient. Er muß bezahlen für sein Gefinde, während die Kapitalisten für ihre Diensthöfen viel weniger entrichten. Die Verweisung an die Kommission für die Unfallversicherung würde ein Festhalten unmöglich machen.

Herr v. Marschall sagte vor einigen Jahren, die großen Mittel seien nicht zu haben. Die kleinen, branchbaren Mittel sind nicht gekommen, und wenn die Regierung einem Börsengesetz zustimmt, es aber nicht ausführt, dann hilft es nicht. Es ist alles beim alten geblieben. Die Zuckersteuer ist nur für einen Theil der Landwirtschaft; die Hoffnung auf das Magarinegesetz müssen wir wohl aufgeben. Wir hoffen, daß gleich bei Beginn der neuen Session diese Invalidenversicherung wieder in Angriff genommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Rösicke (liberal-liberal): Bei der Krankenversicherung fehlen die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, bei der Unfallversicherung die Handwerker und die Diensthöfen. Schon dadurch ist eine Verschärfung der verschiedenen Arbeiterversicherungen unmöglich, die auch an der Verschiedenartigkeit der Organisation scheitern würde. Bei der Unfallversicherung zahlen die Arbeiter nichts, bei der Invalidenversicherung die Hälfte, bei der Krankenversicherung zwei Drittel. Vom Präsidenten des Reichsversicherungsamtes ist der Vorschlag gemacht worden, die Invalidenversicherung für die industriellen Arbeiter auf die Berufsgenossenschaften zu übertragen und die anderen Arbeiter unter Verwendung der Einheitsrente ohne Marktenlebens zu versichern. Dieser Weg ist nicht gangbar. Die Verwaltung würde eine zwispaltige werden, und die Arbeiter hätten bei den Berufsgenossenschaften nicht mehr mitzusprechen. Der Entwurf des Herrn v. Plötz, d. h. des Bundes der Landwirthe verdient nicht den Namen eines Gesetzentwurfes, denn er enthält höchstens die Grundzüge dafür und ist darauf gerichtet, die Großgrundbesitzer zu entlasten auf Kosten der Industriellen. (Heiterkeit rechts.) Es bestehen nicht in allen deutschen Staaten Einkommensteuern, die Einkommensteuern sind auch sehr verschieden. Der Entwurf des Herrn von Plötz scheint bloß abgeschrieben zu sein von dem, was die Sozialdemokraten im Jahre 1889 beantragt hatten: Erhöhung des Reichszuschusses auf 90 Mark und Anführung desselben durch die Einkommensteuer von den Einkommen über 3000 Mark. Die Konservativen scheinen ein Unstutzgesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu verlangen, aber die sozialistischen Lehren machen sie sich zu eigen, sobald sie dabei einen Vortheil haben. Durch die Heranziehung der Einkommensteuer würden Personen zu den Kosten der Invalidenversicherung herangezogen, die gar keine Arbeiter beschäftigen. Die Wittwen und Waisen, die Lehrer, die Offiziere etc. und vor allen Dingen auch die Handwerker, welche keine Arbeiter beschäftigen; das ist die große Mehrheit aller Handwerker; und die Landwirthe, soweit sie lediglich auf die Mitarbeit ihrer Familienangehörigen angewiesen sind. Entlastet würden werden die Staats- und Kommunalbetriebe, die keine Einkommensteuer bezahlen, und die neuen Unternehmungen, die in den ersten Jahren wenig Einkommen erzielen. Die Einkommensteuer in Preußen erzieht 127 Millionen Mark; also würden für Deutschland 208 Mill. Mark annehmbar sein. Da die Invalidenversicherung 100 Mill. Mark jährlich erfordert, so würde ein Zuschlag von 30 pCt. zur Einkommensteuer notwendig sein; das würde für einen Beamten,

der für einen Diensthöfen je 5 M. jährlich Versicherungsbeiträge zahlt, eine Steigerung auf 30—40 M. bedeuten. Die Arbeitgeber mit vielen Arbeitern würden dabei besser fahren, und zwar um so besser, je mehr Arbeiter beschäftigt werden. Das heißt den Mittelstand schätzen gegenüber dem Großbetriebe! Auch für die Landwirtschaft, die ja jetzt ohne Einkommen leben soll, würden die Einkommenssteuer-Zuschläge gar nichts bedeuten. Wenn die Einkommen unter 600 M. freigelassen werden sollen, so trifft das nur die Landarbeiter des Ostens; die Industriearbeiter des Westens würden bezahlen müssen. Nach dem Vorschlage des Herrn v. Plötz sollen die Unternehmer selbst mitversichert werden bis zum Einkommen von 2000 M. Dadurch steigern sich die Lasten der Invalidenversicherung. Die Kosten hätte ein erster Abgeordneter berechnen sollen, ehe er einen solchen Gesetzentwurf vorlegte. (Sehr richtig! links.) Dazu werden die 50 pCt. Einkommenssteuer-Zuschlag nicht ausreichen. Graf Kanitz will sogar die gesammte Arbeiterversicherung auf die Gesamtheit abgewälzt wissen. Und wenn man die Ausgaben durch die indirekten Steuern decken will, dann tragen schließlich die Arbeiter allein die Kosten für ihre Versicherung. Das Interesse der Allgemeinheit an der Arbeiterversicherung ist ausgedrückt worden durch den Reichszuschuß von 50 M. — Ich hätte diesen Zuschuß gerne vermieden gesehen. Aber darüber hinauszugehen ist nicht berechtigt. Graf Kanitz zog eine Parallele zwischen Ostpreußen und Berlin. Die Einkommensverhältnisse kommen dabei nicht in Betracht, die Belastung ist in Berlin viel größer durch die Beiträge zur Invalidenversicherung als in Ostpreußen, nämlich 14,27 bezw. 6,49 M. pro Kopf; die Renten in Berlin sind höher als in Ostpreußen. Die große Zahl der Renten in Ostpreußen ist sehr erklärlich. Der Bericht der Invalidenversicherungsanstalt Ostpreußen für 1891 sagt ausdrücklich, daß die Arbeitgeber offenbar bewußt waren, sich der Krankenpflege zu entledigen auf Kosten der Invalidenversicherung. (Hört! links.) Seitdem hat sich manches geändert in Ostpreußen. Heute marschirt die Sache schon ganz anders als früher. Graf Kanitz behauptete am 26. Januar, daß Gutsbesitzer ihre Güter verkauft haben, weil sie den Anforderungen der Versicherungsanstalten nicht mehr gerecht werden konnten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ein solcher Gutsbesitzer verkauft, weil er 200 M. jährlich nicht mehr zahlen kann, dann ist es doch unmöglich, zu gunsten solcher schwachen Existenzen die Gesetzgebung zu gestalten. Bezüglich des Marktenlebens enthält die Vorlage Verbesserungen, durch welche die Belastungen beseitigt werden, die das Leben bisher mit sich gebracht hat. Der Vorschlag, die Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen, würde die Versicherten zu sehr belasten. In dieser Beziehung hat sich die sozialdemokratische Partei auch etwas gemauert. Bezüglich des Begriffs der Invalidität bringt die Vorlage verschiedene Verbesserungen, wie die Einrichtung einer fünften Lohnklasse für die höher entlohten Arbeiter. Bedenklicher ist schon die verschiedene Bemessung der Grundrente, weil dadurch schon für die Gegenwart für die höheren Lohnklassen eine höhere Belastung entsteht. In dieser Beziehung wird es gelten, einen gangbaren Mittelweg zu finden.

Man hat zwei Extreme verglichen, das rein landwirtschaftliche Ostpreußen und das großstädtische Berlin. Man hat die verschiedenartigen Altersgruppen hervorgehoben. Aber die Altersgruppierung in Ostpreußen ist nicht anders als die in Pommern, und Pommern befindet sich nicht in einer Nothlage. Ostpreußen zeigt ein Defizit zwischen Rentenlast und Verdünnen von 6 Millionen, Niederbayern von 600 000 M., dagegen hat Pommern 4,5 Millionen, Brandenburg 10,8, Oberbayern 5 und ganz Bayern sogar 17 Millionen Uebererschuss aufzuweisen. Für Niederbayern könnte also gebilligt werden durch Verschmelzung mehrerer bayerischer Anstalten. Das Gesetz ist aber viel zu kurze Zeit in Kraft, und während dieser Zeit war die Wartzeit für die Altersrenten fast ganz aufgehoben. Darunter hatten die landwirtschaftlichen Bezirke am meisten zu leiden. Aber diese Ursachen sind vorübergehend. Dazu kommt, daß die Prüfung der Rentenansprüche recht mangelhaft war, und daß festgestellt worden ist, daß vielfach unredlicher Weise Beschäftigungszugnisse ausgestellt worden sind für Personen, die nicht mehr versicherungspflichtig waren. Da müßte der Ausgleich durch die große Masse der Beiträge verlagert, und auch der Zu- und Abzug könnte keinen Ausgleich herbeiführen, da die ersten Rentner gerade die anfänglichen Leute waren. Bezüglich des Abzuges junger Leute aus dem Osten nach dem Westen werden die Zahlen von 1886—1890 angeführt. Sie mögen richtig sein, aber man müßte doch erst abwarten, wie die Zahlen von 1895 lauten. Nach einer Statistik von Berlin scheint mir eine Wandlung eingetreten zu sein. 1894 stellt der Bericht der ostpreussischen Invalidenversicherungs-Anstalt fest, daß jährlich für eine Million Mark Renten ungetheilt geblieben sind. Für 5 Jahre macht das 5 Millionen; das ganze Defizit wäre also bei strenger Kontrolle verschwunden. Bei allen Anstalten mit Ausnahme von Ostpreußen und Niederbayern hat das Vermögen regelmäßig zugenommen; es liegt danach gar kein Anlaß vor, die Rentenlasten anderweitig zu vertheilen. Die Regierung will die Beiträge der untersten Lohnklasse noch weiter herabsetzen und dadurch die Einnahmen Ostpreußens um 10 pCt. herabsetzen. Eher könnte man daran denken, die Beiträge der höheren Lohnklassen herabzusetzen.

Die Vorlage bedarf der gründlichsten Prüfung, und bei der Geschäftslage des Hauses wird es unmöglich sein, dieselbe zum Abschluß zu bringen, auch wenn sie einer besonderen Kommission überwiesen werden wird. Es erscheint überaus wünschenswerth, daß wir diejenigen Bestimmungen annehmen, über welche eine Meinungsverschiedenheit nicht besteht. Dieser Abschluß entspricht mein Antrag, welcher die in der Vorlage enthaltenen Erleichterungen bezüglich der Definition der Erwerbsunfähigkeit und bezüglich des Marktenlebens umfaßt und sich als eine Art Nothgesetz darstellt, welches man ohne Kommissionsberatung sofort in zweiter Lesung im Plenum erlassen könnte. Sollte eine Kommissionsberatung beliebt werden, so sollte man die Kommission beauftragen, diesen Antrag vorweg zu berathen und vorab darüber Bericht zu erstatten. Durch dieses Nothgesetz würde der Bevölkerung Deutschlands ein wirklicher Dienst geleistet werden. (Beifall.)

Direktor im Reichsamt des Innern v. Büttcher: Der Antrag des Herrn v. Plötz sowohl wie der Antrag Rösicke scheinen mir nicht annehmbar zu sein. Die finanziellen Bedenken gegen den Antrag v. Plötz sind von dem Vorredner sehr eingehend und treffend dargelegt worden, daß ich darauf einzugehen verzichten kann. In der Praxis wird es sich nicht bewähren, Arbeitsbescheinigungen beizubringen. Während der Uebergangszeit hat sich dieses Verfahren nicht gut bewährt und hat zur starken Belastung der Arbeitgeber geführt, namentlich soweit unhandige Arbeiter in Frage gekommen. Der Arbeitgeber muß die Bescheinigungen mindestens vier Jahre aufbewahren. Die Antragsteller des Antrages v. Plötz haben die finanzielle Tragweite ihres Antrages nicht übersehen, sie haben viel niedrigere Renten vorgeschlagen, als das bestehende Gesetz gewährt. Der Antrag Rösicke enthält einige gute Brüche aus der Vorlage, der Rest soll ad calendas Graecas vertagt werden. Ein Nothgesetz ist das nicht; denn es handelt sich dabei nicht um eine Abwendung von Gefahren. Bei einer Materie wie die Invalidenversicherung, welche bei der Bevölkerung nicht auf dasjenige Maß von Wohlwollen gestoben ist, die sie verdient, kann man nicht jetzt ein Stückchen ändern und im nächsten Jahre wieder. Der Ausgleich zwischen den einzelnen Versicherungsanstalten ist viel dringender notwendig als die Herabsetzungen, welche Herr Rösicke durchdrücken will. Die Ausgleichung der verschiedenartigen Belastung kann ja durch die Zusammenlegung mehrerer Anstalten erfolgen, z. B. durch die Zusammenlegung aller norddeutschen Anstalten. Dadurch würde aber eine große Anzahl von Anstalten ihrer Selbständigkeit beraubt, während die Vorlage die Anstalten aufrecht erhält und für die Zukunft ihnen auch ihre Vermögensbestände beläßt bei anderweitiger Vertheilung der Rentenlast.

Abg. Camp (Rp.): Man sollte eingehend erwägen, ob nicht eine Vereinfachung und Verschmelzung der verschiedenen Versicherungen möglich sei. In Ostpreußen haben wir fast gar keine Industrie; man könnte dort die Unfallorganisation und die Invalidenanstalten versuchsweise vereinigen. Glauben Sie, daß in Zukunft

die jungen Leute aus Berlin nach Ostpreußen wandern werden? Daran ist nicht zu denken. Wenn 1891 die Invalidenversicherungs-Anstalt Ostpreußen in ihrem Berichte sagt, daß der Versuch gemacht sei, Renten zu erlangen, so ist damit gesagt, daß dieser Versuch zurückgewiesen worden ist. (Widerpruch des Abg. Köstke: Sie haben ja den Bericht nicht gelesen!) Ich habe ihn gelesen. (Abg. Köstke legt den Bericht auf den Tisch des Hauses nieder.) Für die Armenpflege zahlen die Steuerzahler nach ihrer Leistungsfähigkeit, warum soll das nicht auf die Invalidenversicherung übertragen werden, welche die Armenpflege ihrer entbehrenden Eigenschaften entkleiden soll. Eine Ausgleichung könnte gefunden werden durch Zusammenlegung aller preussischen Anstalten; dadurch würde die Zentralisierung gefördert werden. Man könnte ja auch vielleicht eine Reichsanstalt einrichten. Wenn eine Verständigung nicht erzielt wird, bietet das gegenwärtige Gesetz die Mittel, leistungsunfähige Verbände zu beseitigen, und die preussische Regierung hat nach § 66 das Recht, eine Zusammenlegung aller preussischen Anstalten zu beantragen.

Gegen 6 Uhr wird nach einigen persönlichen Bemerkungen die weitere Verathung bis Donnerstag 2 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

Die Kommission für die Handwerkerfrage hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Die Beratung wurde, nachdem in der ersten Sitzung im § 100 die fakultative Zwangsversicherung festgelegt war, mit § 81 begonnen. Angeregt wohl durch den Handwerkerlag machten die Abgeordneten von Biered und Euler einen neuen Vorschlag, um die Regierung für die obligatorische Zwangsversicherung zu gewinnen. Die Debatte drehte sich um eine Generalabstimmung aus in der von unserer Seite Schmidt-Berlin den Standpunkt der Zünunftreue belämpfte. Eine längere Debatte verursachten die Bestimmungen über die Errichtung der Zünungsgerichtsgerichte und Zünungs-Krankenkassen. Schmidt-Berlin wies darauf hin, wie eine weitere Begünstigung zur Gründung von Krankenkassen für die Arbeiter von schweren Nachtheilen sei. Die Vielgestaltigkeit des Versicherungswesens hat mit Recht eine sehr lebhafteste Opposition in Arbeiterkreisen gefunden, weil die Arbeiter bei einer solchen Gestaltung der Krankenkassen bei jedem Arbeitswechsel in eine andere Klasse eintreten müssen. Bei jedem Uebertritt verliert aber der Arbeiter alte erworbene Rechte und neue kann er erst nach Ablauf der Karenzzeit in der anderen Klasse erwerben. Redner plädiert für eine einheitliche Organisation des Versicherungswesens und belämpft das in der Vorlage stärker hervortretende Turm-einander auf diesem Gebiete. Ebenso wendet sich Redner gegen die Zünungsgerichtsgerichte, da die Gewerbegerichte in Arbeiterkreisen allgemein eine sympathische Aufnahme gefunden haben. Dem traten die Abgeordneten Camp, Pize und Jacobs, Köster entgegen, indem sie diese Einrichtungen als einen Wunsch der Handwerker bezeichneten und ihnen großes Lob spendeten. Der Antrag unserer Parteigenossen, diese Rechte den Zünungen nicht weiter zu gewähren, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen drehten sich im allgemeinen mehr um Dinge formaler Art.

Dem Abgeordnetenhaus sind die Nachweisungen der aufgrund der Belege vom 8. April 1895 und vom 8. Juni 1896 im Etatsjahre 1896/97 zur Förderung des Baues von Kleinbahnen bewilligten bezw. in Aussicht gestellten Staatsbeihilfen zugegangen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf betr. die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten in der Provinz Schlesien eingebracht.

## Partei-Nachrichten.

Zur Mailfeier. Die „Voss. Ztg.“ vermisst in dem diesjährigen Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission eine Warnung vor dem Mißbrauch der Arbeit in dem Falle, wenn sich die betreffenden Arbeiter dadurch schädigen würden. Der Aufruf ermangelt aber der Warnung durchaus nicht, denn die Gewerkschaftskommission empfiehlt den Gewerkschaften die Arbeitsruhe, die die Arbeit ruhen lassen können. Zum können gehört in diesem Falle die Garantie des Erfolgs. In einer Reihe von Gewerben ist die Arbeitsruhe am 1. Mai durchführbar, in anderen nicht oder nur theilweise. Aber fast in jedem Berufe giebt es Arbeiter, die ohne Gefährdung ihrer Existenz die Arbeit ruhen lassen können. Diesen gilt — wie früher so auch heute — die Aufforderung der Gewerkschaftskommission, am Weltertag der Arbeit die fleißigen Hände einmal ruhen zu lassen. Wenn der „Voss. Ztg.“ die Vermeidung von Differenzen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern wirklich am Herzen liegen sollte, so mag sie den Unternehmern wirklich, ihren Personalen hinsichtlich der Mailfeier entgegenzukommen und ihnen bei dieser Gelegenheit den schuldigen gebührenden Lohn für die erzwungene Arbeitsruhe während der Pentecostenfeier wenigstens noch nachträglich auszusprechen.

Für die Mailfeier ist auch in den ersten neun sächsischen Reichstags-Wahlkreisen, in Ost-Sachsen, durch Vertheilung eines Flugblattes eine lebhafteste Agitation entfaltet worden.

In Erfurt wurde der geplante Festzug am 1. Mai auch diesmal und mit derselben Begründung untersagt wie alljährlich. Der Zug wie überhaupt die ganze Mailfeier trage ausgesprochenenmaßen den Charakter einer Demonstration gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, weshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorliege. Bekanntlich ist die Mailfeier eine Demonstration zu Gunsten der Verbesserung des Arbeiterlooses, und das soll die bestehende Gesellschaftsordnung gefährden! Um diese Gesellschaftsordnung ist es gewiß jammervoll genug bestellt, aber so schwächlich ist sie noch nicht, als wie die Erzurter Polizeiverwaltung glauben machen will. In Halle a. S. unterlag die Polizei den Festzug, insbesondere weil eine Gefahr für den Verkehr zu befürchten sei.

In fast allen Steinhauereien Mannheims ist den Arbeitern auf ihr Geheiß der 1. Mai von Mittag 12 Uhr ab freigegeben, weiter wird der Lohn noch vor Geschäftsschluß aufgezahlt. Eine Firma bezahlt ihren Arbeitern den freigegebenen Nachmittagslohn.

Die Bedeutung der Mailfeier für Oesterreich schildert die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wie folgt: „Was anderswo, in Ländern freirechtlicher Einrichtungen, mit Hilfe der freien Presse und des Wahlrechtes gelungen ist, haben wir durch die Mailfeier zu Stande gebracht. Alle Erfolge der österreichischen Arbeiterschaft in den letzten Jahren haben in der Mailfeier ihren eigentlichen Ursprung. Ohne jene erste gewaltige Machtdarstellung wäre keine Wahlrechtsbewegung, wäre das Eindringen ins Parlament nicht möglich gewesen. Hätte ohne diese herrliche Kraftprobe die österreichische Arbeiterschaft den Heidenmuth und die nie wankende Zuversicht gewonnen, den Kampf um ihr wichtigstes politisches Recht gegen die vereinigte Macht der Regierung, des Parlamentes, des Bürgerthums und Kleinbürgerthums aufzunehmen, den Kampf eines gegen alle? Die Niedertracht der bürgerlichen Parteien und die polnische Staatskunst Waden's haben der Arbeiterschaft im letzten Augenblicke den vollen Erfolg des Sieges im Wahlrechtskampfe verknümmert. Doch hat sie sich den Eingang ins Parlament eröffnet. Die Mailfeier hat neuer beim Aufmarsch der 600 000 sozialdemokratischen Wähler ihre volle Wirkung geoffenbart.“

Das Aktionskomitee der christlich-sozialen Arbeiterschaft Wiens erließ in dem antisemitischen „Deutschen Volksblatt“ folgenden amüsanten Aufruf: „Gemäß dem Parteitagbeschlusse haben wir für den 1. Mai den Parteigenossen ein Stechdornchen besorgt. Parteigenossen, die an diesem Tage zur Arbeitsruhe gezwungen sind, treffen sich nachmittags in zwangloser Weise in dem bekannten großen Restaurationspark (bei unfreundlicher Witterung im Saale) in Baumgarten an der Westbahn. Für Belustigungen jeglicher Art ist gesorgt.“ Vermuthlich ist bei diesen Belustigungen auch das Rauchgrün nicht vergessen. Der Verband der schweizerischen Spenglermeister und Blechwaaren-Fabrikanten hält am 1. Mai in

Baden bei Jülich seine Generalversammlung ab. In dem Einladungs schreiben heißt es: „Da der 1. Mai als allgemeiner Arbeiterfesttag gefeiert wird, kann sich zur Ausnahme auch der Meister einmal etwas Außergewöhnliches gönnen.“

Von der Agitation. Genosse Heinrich Schulz aus Berlin beginnt am 1. Mai eine mehrwöchentliche Agitationstour. Zuerst spricht er in einer Anzahl Versammlungen im zweiten hannoverschen Wahlkreise (Wittingen, Münden etc.), wo er von den dortigen Genossen als Kandidat für die nächstjährige Reichstagswahl aufgestellt ist. Später wird er, auf Einladung der rheinischen Genossen, eine Anzahl von Vorträgen im Rheinland halten.

Die sozialistische Arbeiterpartei Rumäniens hält gegenwärtig in Bukarest ihren Landeskongreß ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Landarbeiterfrage; Gründung eines Organs für die Landarbeiter; die Judenfrage in Rumänien und etwaige Gründung eines Blattes in jüdischer Sprache.

Todienliste der Partei. Auf seiner kleinen, nicht weit von Jönedburg in den Vereinigten Staaten gelegenen Farm starb am 10. April der Parteigenosse Ernst Fischer, der in den siebziger Jahren in Deutschland lange Zeit Vertrauensstellungen bei der Partei inne hatte, auch viele Jahre Präsident des Deutschen Steinhauer-Verbandes war. Im Jahre 1891 nach Verhängung des kleinen Belagerungsstandes aus Leipzig ausgewiesen, kam er mit Frau und fünf Kindern nach Missouri, wo er sich lange kümmerlich durchschlug, schließlich aber zum Aufseher von Steinhauer-Beamten emporrückte. Inzwischen hatte sich der Reim der Schwindsucht bei ihm eingestellt, und dieser ist er jetzt erlegen. Fischer erreichte ein Alter von 51 Jahren.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Die Potsdamer Strafkammer verurtheilte den Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Genossen Guth, und einen Berichterstatter aus Potsdam zu je 20 M. Geldstrafe wegen vorzeitiger Veröffentlichung einer Kollagechrift.

Der Verfasser der in der „Neuen Welt“ veröffentlichten Erzählung „Der Nazarener“, Genosse Salomon, Redakteur am „Volksblatt für Halle“, hat sich am 27. April der Leipziger Staatsanwaltschaft stellen müssen, um in Zwang u. S. die viermonatige Strafe anzutreten, die ihm wegen Gotteslästerung vom Leipziger Landgericht auferlegt ist. Ob man ihn in Leipzig gleichfalls gefangen nach dem Wohnhause geführt hat wie den Redakteur der „Neuen Welt“, Genossen Steiger? — Dem „Volksblatt für Halle“ weichen nun drei Redakteure, die Genossen Salomon, Mannig und Lehmann, im Gefängnis; der vierte, Genosse Brand, wird in nächster Zeit nachfolgen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

An die Ziegelei-Arbeiter der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Bezirke. Kollegen! Nachdem unsere eigene Organisation jahrelang nicht mehr besteht, hat sich inzwischen ein Theil unserer Kollegen in den Verband der Töpfer und Ziegler aufnehmen lassen. Durch gemeinsamen Zusammenhalt in der Organisation werden wir, das wißt Ihr, eher dazu kommen, das zu erreichen, was uns befehlig fehlt: bessere Arbeitsbedingungen und damit verbunden eine bessere Lebenshaltung für uns und unsere Familien. Daß dieses recht bald geschieht, ist sehr notwendig. Zur Erreichung dessen hat sich in Werder a. d. Havel eine Ziegelei-Arbeiter-Kommission von 5 Mann gebildet. Die Kommission hält es für notwendig, so bald wie irgend möglich eine persönliche Aussprache der Ziegelei-Arbeiter der Provinz Brandenburg und der umliegenden Bezirke zu veranstalten, und beruft zu diesem Zweck eine Konferenz der Ziegelei-Arbeiter am 1. Pfingstfesttag vormittags 11 Uhr nach Werder a. d. H., im Lokale des Herrn Martin, Kugelweg 88, ein. Kollegen! Wir ersuchen Euch, zu diesem Vorschlage sofort Stellung zu nehmen und Delegationen dazu zu wählen. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgeschlagen: 1. Bericht der Vertreter aus den einzelnen Orten über die Lage der Ziegelei-Arbeiter in denselben; 2. die Nothwendigkeit der Organisation und wie kommen wir am besten zu einer solchen; 3. sonstige Anträge und Verschiedenes.

Alle Zuschriften und Anmeldungen der Delegirten u. s. w. richtet man an den Unterzeichneten. Die Agitationskommission der Provinz Brandenburg für den Verband der Töpfer und Ziegler. Im Auftrage: August Heimlich, Werder a. d. Havel, Brandenburgstr. 82.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

### Deutsches Reich.

Ueber den Maurerstreik in Brandenburg theilt die „Brandenburger Zeitung“ mit, daß, nachdem die vom Syndikus Dr. Meier angebahnten Verhandlungen durch Schuld der Unternehmer gescheitert sind, keine neuen Verhandlungen zu Stande kamen, weil die bisherige Streikleitung nicht zurückgetreten ist, was die Unternehmer verlangt hatten. „Die Arbeiter“, schreibt unser Bruderorgan, „haben bei Erörterungen mit den Meistern sich stets an die Vereinigung derselben gewandt und die Unternehmer haben dies bestimmt immer durchaus in der Ordnung gefunden. Die Organisation der Arbeiter dagegen wollen die Arbeitsruher nicht als den zu Verhandlungen berechtigten Faktor anerkennen. Als bei der Verhandlung unter dem Vorhitz des Syndikus ein Beauftragter des Hauptverbandes des Maurerverbandes an derselben teilnehmen wollte, wurde er zurückgewiesen. Während die Meister die ihnen am geeignetsten erscheinenden von ihren Kollegen zu den Verhandlungen entsenden, nehmen sie sich heraus, den Arbeitern vorzuschreiben, wer von diesen als Vertreter geschickt wird, wer die Lohnbewegung leiten soll.“

Ueber den Tischlerstreik in Stettin wird uns geschrieben: In der am 26. April von Seffelnaustr. 12 im Zuge geführten Verhandlung war letztere geneigt, die Forderung auf Lohnarbeit ganz, dagegen die auf Möbelarbeit nur theilweise zu bewilligen. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden wurde strikte abgelehnt. Die Streikenden beschloßen am Dienstag in stark besuchter Versammlung, von der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht abzugehen und den Generalstreik aufrecht zu erhalten. Für diese Woche sind 150 Verbeirathete mit 282 Kindern und 115 Lebige zu unterstützen. Weitere 46 Gesellen sind dem Streik beigetreten.

Die Getreidebträger Stettins stehen im Streik. Sie fordern Erhöhung des Lohns.

Der Tischlerstreik in Kiel war Gegenstand zweier Sitzungen des Einigungsamtes des Gewerbegerichts. Bei der zweiten Sitzung, die am Montag Abend abgehalten wurde, war auf Verlangen des Vertreters der Tischlerinnung die Offenlichkeit ausgeschlossen. Wie die „Schleswig-Volkszeitung“ mittheilt, ist der Schiedspruch ungefähr in folgender Fassung gefaßt worden: 1. Der Stundenlohn für Tischler in Kiel und Gaarden wird auf 88 Pf. festgesetzt. 2. Für Ueberstunden werden 25 pCt. Zuschlag bezahlt. 3. Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf und die Arbeitnehmer verpflichten sich, keine Maßregelung vorzunehmen und ihre bisherigen Arbeiter nach Bedarf wieder einzustellen. Ebenso verpflichten sich die Arbeitnehmer, ihre nicht mit in den Streik eingetretenen Kollegen künftig nicht zu belästigen. 4. Die Arbeiter treten zu den alten Bedingungen in Arbeit; diejenigen, welche bisher 40 Pf. und weniger pro Stunde erhalten haben, bekommen pro Stunde 2 Pfennig Zuschlag. 5. Für das Halten eines Werkzeuges wird pro Woche 60 Pfennig vergütet. 6. Es wird den Parteien anheim gestellt, alsbald einen Ausschuß zu bilden, der die Aufgabe hat: a) einen Allortarvis anzuarbeiten; b) Bestimmungen über die auswärtige Arbeit zu treffen; c) die Arbeitszeit zu regeln und d) eventuell dauernd als Einigungsamt zu fungieren.

Am Dienstag Abend nahm eine Versammlung der streikenden Tischler den Schiedspruch mit 145 gegen 21 Stimmen an. Die

Beendigung des Streiks hängt jetzt nur noch davon ab, ob die Meister den Schiedspruch ebenfalls annehmen.

Ueber den Zimmererstreik in Hannover meldet der „Vollswille“, daß bis jetzt 30 Unternehmer die Forderungen voll bewilligt haben. Bei diesen arbeiten 280 Mann, annähernd die Hälfte aller Zimmerer Hannover's. 53 Streikende sind abgerufen.

In Bremen beschloß am Montag Abend eine von ca. 1500 Personen besuchte Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilindustrie, von einem allgemeinen Streik in der Jute-Spinnerei und Weberei Bremen wegen der ungenügenden Organisation des Personals vorläufig abzugehen, dagegen eine Kommission zu beauftragen, bei dem Direktor der Spinnerei um Wieder-einstellung der Mitglieder der Arbeiterinnen-Kommission vorstellig zu werden. Von dem Ausgang dieser Unterhandlung machte die Versammlung die weiteren Maßnahmen abhängig. Dem Beschlusse der Versammlung Rechnung tragend, begaben sich Dienstag Morgen sämtliche Ausständigen wieder an die Arbeit. Der Direktor hatte beim Fabrikportier den Bescheid hinterlassen, daß er bereit sei, drei der Entlassenen wieder einzustellen. Die Wahl der Einzustellenden sollte durch das Loos erfolgen. Dieses Ansuchen wiesen die Arbeiterinnen entrüstet zurück und sämtliche Spinnerinnen (Anspinnerinnen und Feinspinnerinnen), ca. 120, stellten die Arbeit wieder ein. Nachdem der Direktor erschienen war, wurden die Mitglieder der gewählten Kommission, die aus den verschiedenen Abtheilungen zusammengesetzt war, nur einzeln vorgelesen. Den Spinnerinnen wurde keine Lohnerhöhung zugestimmt. Die Forderungen derselben waren für Anspinner ein Tagelohn von 1,50 M., für Feinspinner 1,80 M. für Feine, 2,20 M. für grobe Maschinen. Den Webereimern wurden pro 100 Meter-Stück 10 Pf. Zuschlag bewilligt. Für die Schlichterei gewährte die Direktion eine Erhöhung von 25 Pf. pro neunstündigen Arbeitstag.

Die Studententeure Köln haben ihren Tarif nun bei 17 Meistern durchgesetzt; fünf Meister weigern sich noch.

In Halle a. S. hat sich die Lage des Schmiedestreiks infolgedessen geändert, als in einer Zusammenkunft der Zünungsmeister die Meister, die die Forderungen der Schmiede bewilligt hatten, alle bis auf einen ihr Wort zurückzogen. Die Zünungsmeister wollen nun geschlossen mit den Arbeitern verhandeln.

In Liegnitz haben außer den Maurern auch die Zimmerer die Arbeit eingestellt.

Die Vereinigung der Diamantschleifer-Besitzer in Danau hat es abermals abgelehnt, sich dem Spruche des Einigungsamtes des Gewerbegerichts zu unterwerfen. Es steht den Diamantarbeitern nichts im Wege, mit der Vereinigung direkt zu verhandeln.

Die Studententeure Dresden beschloßen, Anfang Mai die schriftliche Anerkennung ihres Tarifs zu fordern.

Die Leipziger Maurer haben, nachdem die Unternehmer das Gewerbegericht als Schiedsgericht abgelehnt haben, beschloßen, die Arbeit jetzt nicht niederzulegen, sondern eine günstigere Gelegenheit abzuwarten.

Der Ausstand der Holzarbeiter in Oeringwalde in Sachsen dauert fort. Die Streikenden sind von 308 auf 157 zusammengeschnitten. 186 Mann reisten ab oder traten in den Nachbarorten in Arbeit. 21 Mann leisteten den Fabrikanten Dienste. In Verhandlungen zeigen sich die Fabrikanten noch immer nicht bereit, sondern sie beharren auf der bedingungslosen Aufnahme der Arbeit. Zugang ist bisher nur von 7 Mann zu verzeichnen. Auch hiervon haben nur 8 die Arbeit aufgenommen. Der Streik dauert nun schon 4 Wochen; man wolle daher für kräftigste moralische wie finanzielle Unterstützung sorgen.

Die Textilarbeiter in Arminschwau l. S. haben erreicht, daß die Firmen W. Haase und A. Kirchhoff die Lohnreduktion zurückgezogen haben. Dagegen dauern bei der Firma Ostler und Viktor Schönfeld die Differenzen fort.

In Meerane in Sachsen streiken 190 Maurer. Ihre Forderungen sind: 10 stündige Arbeitszeit und 85 Pf. Stundenlohn. Der Streik ist allgemein, nur 11 Böhmern arbeiten weiter.

Die Maler in Heilbronn legen die Arbeit nieder, da ihre Forderungen auf Einführung einer zehnstündigen Arbeitszeit und Befreiung eines Mindest-Stundenlohnes von 86 Pf. für Maler, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, nicht bewilligt worden sind.

Die Metallarbeiter Stuttgart beschloßen in einer von 450 Mann besuchten Versammlung, sofort folgende Forderungen zu stellen: Neunstündige Arbeitszeit mit 10 pCt. Lohnreduktion für Zeit- und Allortlohn, 25 pCt. Zuschlag für Ueberzeitarbeit bis abends 8 Uhr, 50 pCt. Zuschlag für Nachtarbeit von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr und für Sonntagarbeit, 30 Pf. Minimallohn pro Stunde, 1 1/2 stündige Mittagspause.

### Ausland.

Aus der Schweiz. Der schweizerische Maurer und Handlangerbund, der 4000 Mitglieder zählt, erklärte auf seiner Delegirtenversammlung zu Bern den Anschluß an den Gewerkschaftsbund. — Zum Bericht über die Delegirtenversammlung der Lithographen ist noch nachzutragen, daß beschloßen wurde, den internationalen Lithographenbund zu übernehmen, für einheitliche Durchsührung des Neunhunderttages zu wirken, sowie eine einheitliche schweizerische Lohnskala für die Lithographen aufzunehmen. Der Arbeitsnachweis des Verbandes bleibt wie bisher in Jülich.

## Unternehmer-Verbände.

In Frankfurt a. M. beschloß die Generalversammlung deutscher Wollkämmer und Kamugarnspinner einstimmig, die bereits bestehende Betriebseinschränkung bis zum Schluß dieses Jahres beizubehalten. Die Teilnehmer an der Generalversammlung vertraten 1 1/2 Millionen Spindeln.

Der Zentralverband der Stickerei-Industrie in Sachsen hat auf einer Versammlung zu Plauen das Statut abgeändert, um in einer späteren Versammlung seine Auflösung vornehmen zu können.

## Depschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 28. April. (W. Z. B.) Heute ist im Auswärtigen Amt von dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall und dem Generalkonsul des Orange-Freistaats für die Niederlande Dr. Müller ein Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Orange-Freistaat unterzeichnet worden.

Berlin, 28. April. (W. Z. B.) Auf die Nachricht von der in Athen herrschenden Gährung hat der deutsche Kreuzer „Kaiserin Augusta“ Befehl erhalten, sich vorübergehend nach Bhaleron zu begeben. Die zur Bewachung auf ins Freie gehenden deutschen Flagge erforderliche Mannschaft bleibt inzwischen dort.

Karlsruhe, 28. April. (W. Z. B.) Amtlich wird bekannt gegeben: Heute früh 8 Uhr entgleite der Güterzug Nr. 678, der als Probezug auf dem neu erbauten zweiten Gleise der Strecke Karlsruhe-Graben abgefertigt wurde, bei der Station Blankenloch. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht ermittelt. Ein Bremser ist gefährlich verletzt. Außer der Lokomotive sind noch 18 Wagen entgleist.

London, 28. April. (W. Z. B.) Nach einer Depesche des Oberkommissars von Ceylon an den Staatssekretär der Kolonien Chamberlain fand am 21. d. M. abends in Francausta in der Nähe einer Kirche eine Explosion statt; 30 Personen erlitten Verletzungen, mehrere Tödtungen sind verhaftet, die Untersuchung im Gange.

Athen, 27. April. (Wiedlung der „Agence Havas“.) Der Aufruf der Opposition übt auf alle Kreise der Bevölkerung eine beruhigende Wirkung aus; man ermahnt zur Ordnung und Ruhe. Heute Abend wurde ein Ministerrath abgehalten. Die Mitglieder der Opposition sind bei Escalabris versammelt. Wenn ein neues Kabinet gebildet werden sollte, so werden wahrscheinlich alle oppositionellen Parteien darin vertreten sein.

Kommunales.

Das Angebot des Fiskus, den Botanischen Garten der Stadt Berlin zur Bebauung zu überlassen, wurde am Montag in einer Kommissions-Sitzung des Magistrats eingehend beraten. Am Freitag wird sich der Magistrat mit den unbekannt gebliebenen Beschlüssen der Kommission befassen und dann der Stadtverordneten-Versammlung einen Bericht zugehen lassen.

Kokales.

Den Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt zur Nachricht, daß die seitens der Partei arrangierte Manöver nur in folgenden Lokalen stattfindet: Puhmann's Wandrevue, Theater, Schönhauser Allee 148, und Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/8, und nicht — wie man aus den unsrigen täuschend ähnlich hergestellten Plakaten entnehmen könnte, im Lokale des Herrn Wierke, Schönhauser Allee 102.

Ueber die Ernährung der Gefangenen sprach Dr. Hirschfeld und Leppmann in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege. Bei der Ernährung der Gefangenen hatte man bisher die Pflanzliche Norm innegehalten; diese bestimmt, daß ein kräftiger Mann täglich 118 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate haben müsse.

Zu einer Polemik

über das Marx-Buch von Dr. v. Wendt

zwängt uns die folgende Zuschrift: In der literarischen Rundschau des „Vorwärts“ vom 10. d. M. hat C. S. meine Schrift über Marx zusammen mit und im Gegensatz zu der Böhm-Bawert'schen Kritik des Marx'schen Systems besprochen. 1. C. S. sagt, meine Schrift krohe von „gehässigen und lächerlichen Anschuldigungen gegen Marx“ — die Grundlosigkeit der Kritik Böhm-Bawert's sollte verglichen von vornherein sein.

führen, sich wöchentlich für 35 Pf. Zufuhrung besorgen können. Das geschieht auch in ausreichendem Maße; besonders wird Fett und Brot gekauft.

Da die letztere Mitteilung die ganze Beweisführung der genannten Herren über die Vorzüglichkeit der preussischen Gefängnisverwaltung über den Haufen wirft, so erübrigt sich ein Eingehen auf die Verherrlichung. Wer trotzdem nicht von der oft geradezu für das ganze Leben schädigenden Wirkung und der Gefängnisstrafe überzeugt ist, braucht sich nur einmal einen Pressfänger im Gefängnis oder in den ersten Tagen nach erfolgter Entlassung anzusehen. Und diese Leute haben wenigstens vorher etwas „zuzusehen“ gehabt. Wie mögen die Folgen sein bei Personen, die vom Gefängnis wieder ins Elend der Freiheit hinabgestürzt werden?

Zur Stellunglosigkeit unter den Handlungsgeschäften. Bei der Stellenvermittlung des „Vereins junger Kaufleute von Berlin“ wurden im Jahre 1896 1311 offene Stellen gemeldet. 395 Meldungen wurden jedoch vor ihrer Erledigung von den Auftraggebern wegen anderweitiger Besetzung oder anderer Dispositionen wieder zurückgezogen, so daß für den Verein nur 916 Stellen übrig blieben. Von diesen konnten nur 683 besetzt werden, während für 233 „geeignete Bewerber nicht vorhanden waren“.

Eine beschämende Verurteilung des herrschenden Submissionswesens ist wieder einmal von berufsgenossenschaftlicher Seite erfolgt. In der Vorstandssitzung der Tischau-Verungsgenossenschaft, welche hierorts im Bureau, Kleiststr. 11, stattgefunden hat, wurde die unerfreuliche Tatsache konstatiert, daß die Zahl der Anfälle von 4680 auf 5030 gestiegen ist, und wurde ferner festgestellt, daß ein großer Teil der die Genossenschaft besonders stark belastenden Vorkommnisse aus Unachtsamkeit und Leichtsinne im Betriebe und aus ungenügender Beobachtung der Unfallverhütungs-Vorschriften entstanden ist.

Die trostlose Lage der Unterbeamten wird durch folgende Vorkommnisse illustriert: 1. Einige Tage vor den Osterfeiertagen standen einige Frauen vor dem Portal III des Moabiters Kriminalgerichts. Eine derselben trug eine Kapsel und ließ die Schalen allem Brauch gemäß zu ihren Füßen auf die Fliesen des Trottoirs fallen. Postantei schoben später die Schalen bei Seite, doch eine blieb liegen. Als der Hilfsgerichtsdienner J. am Mittag mit einem großen Stoß Äpfeln auf der Schulter die Straße betrat, geriet er auf die liegengebliebene Kapsel.

22 Dienstjahre, war aber trotzdem noch nicht festangestellt, daher auch nicht pensionberechtigt. Die Frau erhielt daher weder Pension noch Erziehungsgelder. — 3. Der Kanjaleibliche B. liegt seit acht Wochen krank darnieder. Durch 13-jährige aktive Dienstzeit beim Militär hat er sich den Zivilversorgungsschein erworben und hat sich darauf hin in die Listen für etatsmäßige Kanjaleisten eintragen lassen. Die Wartzeit ist lang, inzwischen muß sich der Bewerber mit Lohnschreiberei ernähren. Diese wird im Afford abgelohnt, wer nicht schreibt, kriegt nichts. B. hat seit acht Wochen noch keinen Pfennig verdienen können. — Das ist „Zivilversorgungsberechtigung!“

Der Verein des Museums für deutsche Volkstrachten in Berlin klagt in seinem Jahresbericht: Neuerwerbungen irgend welcher Art blieben ausgeschlossen, denn unsere wenigen Baarmittel reichten dazu nicht aus, manchem verlockenden Angebot, das uns gemacht wurde, und dessen Gegenstände eine wertvolle Bereicherung unserer Sammlungen gewesen wären, näher zu treten. Wir verdanken daher den kleinen Zuwachs unserer Sammlungen ausschließlich dem Interesse weniger Gönner. Der Mangel an Teilnahme für das Museum berührt um so schmerzlicher, als überall im Reich ähnliche Unternehmungen von dem größten Erfolge begleitet sind. Selbst das Spreewaldhaus in der Berliner Gewerbe-Ausstellung war wohl im Grunde, eine vorübergehende Reingilde unzähliger Besucher zu befriedigen, dauernde Vorteile für das Museum hat es jedoch nicht zur Folge gehabt. Ebenso ist auch der Besuch des Museums kein erfreulicher zu nennen. Trotz alledem ist in dem kommenden Jahre der Erwerb der sogenannten Chilago-Sammlung geplant.

Da gegenwärtig die Alpenanlagen des Botanischen Gartens in reichem Blumenflor prangen und auch das Kalthaus die Azaleen, Rhododendren und Kamelien in schöner Entwicklung zeigt, werden auf Anordnung des Direktors diese Anlagen und Häuser Donnerstag 29. April, Montag 3. und Donnerstag 6. Mai, nachmittags von 4—7 Uhr, Sonntag 2. Mai, von 2—7 Uhr, für das Publikum zugänglich sein. Auch wird das botanische Museum, dessen Kolonialabteilung und technische Abteilung neu geordnet sind, an denselben Tagen von 3—6 Uhr geöffnet werden.

Die elektrische Straßenbahn nach dem Treptower Park ist um ca. 200 Meter verlängert worden. Vom gestrigen Tage ab werden die Wagen der elektrischen Straßenbahnlinie Zoologischer Garten resp. Dönhofsplatz—Schlesisches Thor in den Treptower Park hinein durchgeführt.

Der achte Verbandstag deutscher Lohndiener-Unternehmer findet am 21.—24. Juli ex. in Berlin (im Clubgebäude, Friedrichshagen) statt und wird verbunden mit einer Ausstellung von Lohndiener- und verkehrsgewerblichen Gegenständen aller Art zc.

Eine mit 600 Unterschriften versehene Eingabe an den Minister des Innern ist dieser Tage von Bewohnern des nördlichen Stadtgebietes von Berlin und der Gemeinde Reinickendorf abgegeben, um die seit länger als einem Jahrzehnt erstrebte Verlegung oder Verlegung der fiskalischen Abdeckerei herbeizuführen. Auf drei Kilometer im Umkreise verbreitet, wie in der Eingabe ausgeführt wird, das Bettasbraten auf der Abdeckerei einen derartig untraglichen, widerlichen, ekelhaften Geruch, daß vorübergehende Personen schon von Uebelkeiten, Erbrechen und Schwindeln befallen wurden und manche schwer erkrankten; da dieser Uebelstand und manche andere den Bestimmungen der Gesundheitspolizei zuwiderlaufen, wird der Minister gebeten, die Verlegung der Abdeckerei so schnell wie möglich anordnen zu wollen, damit die benachteiligten Einwohner im wahren Sinne des Wortes wieder aufatmen können.

Im Passage-Panoptikum bleiben die Samoanerinnen noch 14 Tage. Dann wird eine afrikanische Karawane eintreffen.

Ueber das schwere Baumglatz auf dem Hedmann'schen Fabrikterrain in der Schlesischen Straße wird berichtet: Die ausgedehnten Ländereien des Fabriktablissements sind nach Verlegung der Bahnanlagen nach dem Rhein parzelliert und zur Bebauung verkauft worden. Gegenwärtig werden die auf dem Terrain noch vorhandenen Fabrikgebäude niedergelegt; der Abriß eines großen massiven Kohlenschuppens, welcher mit der Front nach der Cuvrystraße zu stand, wurde von dem Architekten Hedanz, Diegnitzstr. 17, geteilt. Der Bau ist, wie gesagt, massiv, das Pappdach wurde durch eiserne Träger gehalten, welche wiederum durch Eisenpfiler gestützt waren. Die Arbeiter waren zur Zeit damit beschäftigt, die Eisenkonstruktionen abzutragen und hatten bereits die mit den Pfeilern verriegelten Träger entfernt, theils gelockert. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr, als bereits der größte Teil der Arbeiter die Vesperpause angetreten, stürzten plötzlich sechs der schweren Träger aus der Höhe herab und trafen den unten stehenden Architekten Hedanz, den Schiffseigner Negbrand aus Bredereiche, welcher

1. Die Böhm-Bawert'sche Schrift (ein Beitrag zu einem Sammelwerke, das dem Heidelberger Nationalökonomien Kries gemeldet ist. Die Red.) besteht aus 118 Seiten — auf den Seiten 120, 144, 145, 149, 152, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 167, 170, 171, 172, 173, 174, 176, 177, 178, 179, 182, 184, 185, 186, — also verhältnismäßig genommen auf jeder vierten Seite — wird Böhm-Bawert in 63 prägnanten Ausdrücken Marx vor, nicht etwa, er habe wie jeder strebende Mensch geirrt, sondern: er habe absichtlich vergessen; sei bewußt den Tatsachen ausgewichen, habe, wo er eine weiche Angel aus der Urne habe hervorziehen wollen, vorsichtigerweise vorher nur weiße Ähren in sie hineingethan; es habe niemals ein so denkwürdiger Kopf, wie Marx es war, eine so schwer, so kontinuierlich, so handgreiflich falsche Logik zum Besten gegeben; er habe wohl gewußt, gute, eisenfeste Logik zu machen, habe aber, um seine vorgefaßte Meinung beweisen zu können, keine gute Logik machen dürfen zc. Die gleichen Vorwürfe — 66 mal — erhebe ich in meinem 250 Seiten starken Buche gegen Marx. In der Quantität, im „Strogon“ ist mir Böhm-Bawert über, in der Qualität sind diese unsere zahlreichen Vorwürfe identisch. Ein Unterschied besteht in dem Schlusse, den wir aus diesen Prämissen ziehen. Böhm-Bawert meint, Marx habe sich vielleicht von seinem System schließlich blenden lassen — ich schreibe: er ist unehrlich gewesen. C. S. würde recht haben, diesen Schlusse anzugreifen, von seinem Standpunkt aus: er irrt, wenn er meint, nur ich erhebe zahlreiche „gehässige und lächerliche Vorwürfe“ gegen Marx. Böhm-Bawert erhebt die gleichen zahlreichen Vorwürfe, die bei mir zahlreich wiederkehren.

duktionsweise, wie ich geschrieben habe (nicht: im Kapitalismus!) für den eigenen Bedarf produziert wird? Ich will den ersten Satz des Kapitals keineswegs anschauen, — ich konstatiere nur, daß er heute noch nicht gilt, verwende diese Bemerkung, eine ganz gelegentliche, übrigens nirgends wieder in meinem ganzen Werk als Waffe gegen die Lehre von Marx.

5. C. S. möge den I. Band des Kapitals (4. Auflage) Seite 26/27 aufschlagen. Er wird finden, daß Marx seine Arbeitsverhältnisse erst für bildbar hielt, wenn die „freie Arbeit“ (im Gegensatz zur Sklavenarbeit) etabliert worden ist. Der Zustand von Sittlichkeit gehört nicht zu den Elementen, welche die durchschnittlichen Produktionsbedingungen jeder Gesellschaftsperiode herstellen. Leugnet C. S., daß die „durchschnittlichen Produktionsbedingungen“, welche die jedesmalige gesellschaftliche Arbeit bestimmen, und damit diese letztere selbst, durchaus anders sind in einer Wirtschaftspraxisorganisation, in welcher das laissez faire, laissez passer gilt, als in einer solchen, in welcher die Gesetzgebung Grenzen für die Anwendung der Arbeitskraft und Vorkehrungen für den Schutz des Arbeiters erzwingt?

Ich darf noch einmal auf Punkt 1 zurückkommen. Böhm-Bawert beweist genau in derselben Weise wie ich, daß Marx, um mit Böhm-Bawert's Worten zu sprechen, nur mittels „der schwersten logischen Fehler“ den „Gebrauchswert“ aus der Bestimmung des Wertes hinausgedrängt habe. Dieser Beweis bildet den Kern der Böhm-Bawert'schen Kritik, wie den Kern meiner Kritik. Wo ist das Kriterium, an welchem C. S. mißt, wenn er trotzdem meine Kritik kleinlich, mißverständlich, eine Lästerei nennt? Ich bitte Sie um Abdruck dieser Erklärung und bin in ausgedehnter Hochachtung Ihr

Dr. A. von Wendt, Privatdozent an der Universität Berlin.

Antwort.

Die Entgegnung Wendt's auf meine kritische Besprechung seines Buches spiegelt, wie mir scheint, die seinem Buche eigentümliche Verworrenheit getreulich wieder. Punkt für Punkt ließe sich das in seiner Antwort ausführlich nachweisen. Hier nur das aller-nötigste:

1. Herr v. Wendt ist hollert darüber, daß ich in seiner Schrift „lächerliche und gehässige Anschuldigungen“ gegen Marx gefunden, in der Böhm-Bawert'schen Kritik dagegen nicht. Ein kleiner „Unterschied“ bestehe ja allerdings in der Art der Vorwürfe, denn er (Wendt) schreibe: „Marx ist unehrlich gewesen“; Böhm-Bawert aber hülte sich wohl, diesen Vorwurf so zu erheben. Meinem Gegner scheint der Sinn für die Bedeutung dieses Unterschiedes völlig abzugehen, denn in demselben Athemzuge, in dem er ihn erwähnt, leugnet er ihn auch wieder: „Böhm-Bawert

zum Zweck der Verladung von Abbruchstücken in dem Gebäude wollte, ferner den Arbeiter Preuß, sowie einen Schiffsarbeiter. Dem 65jährigen Architekten wurde durch die schwere Erschütterung der Kopf geschmettert; der Unglückliche war auf der Stelle todt. Nachbrand wurden die Knochen des rechten Unterarmes total zer splittert; er mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. Sein Zustand ist zwar nicht hoffnungslos, doch dürfte er dauernd ein Krüppel bleiben. Die beiden Arbeiter erlitten glücklicherweise nur leichte Verletzungen und konnten sich, nachdem sie Nothverband erhalten hatten, nach ihren Wohnungen begeben. Die Polizei hat den Weiterbetrieb des Gebäudes inhibirt, bis der Zustand durch die Staatsanwaltschaft festgestellt worden ist. Allem Anschein nach ist das Unglück dadurch entstanden, daß ein Streifenpfeiler, durch welchen die Träger verbunden wurden, bereits entfernt worden war.

Das „Adreßbuch für Berlin und seine Vororte“ läßt von heute ab seinen Nachtrag zum Jahrgange 1897 zur Ausgabe gelangen. Der Nachtrag stellt sich das Ziel, dem Adreßbuch die Zuverlässigkeit bis zur Herausgabe des nächsten Jahrganges zu sichern, indem er die seit Erscheinen der Hauptausgabe eingetretenen Veränderungen, insbesondere auch die Aprilumzüge, berücksichtigt. Das Buch wird allen Besitzern des Jahrganges 1897 in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“, SW., Zimmerstr. 40/41, und in dessen sämtlichen Filial-Expeditionen unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Umfassung wird die Schillingebrücke vom 2. Mal ab für Fahrwerkverkehr in der Richtung von Norden nach Süden gesperrt.

Nachfahrer-Unfälle haben sich in den letzten Tagen wieder außerordentlich gehäuft. Auch vorgestern kam wieder ein Nachfahrer durch eigene Unvorsichtigkeit erheblich zu Schaden; derselbe fuhr auf seiner Maschine durch die Neue Königstraße und jagte hier infolge einer ungeschickten Wendung in eine Droschke hinein. Der Nachfahrer fiel mit dem Kopf in die Thürscheibe der Droschke und erlitt erhebliche Schnittwunden im Gesicht, so daß er die Hilfe der Unfallstation in Anspruch nehmen mußte. Das Rad wurde natürlich total getrennt.

Fahrräder haben sich neuerdings auch im Dienste der Feuerwehr bewährt; der Brandmeister eilt auf seinem Rade dem Beschädigten voraus, um die Bewohner des brennenden Hauses zu benachrichtigen und anzuleiten. Auch ist er beim Eintreffen des Zuges über die notwendigen Maßnahmen schon orientirt.

Sorge um die Zukunft hat die 55 Jahre alte Postfachverwalterin Theresie Zacharias zu einem Selbstmordversuch veranlaßt. Frau Z. die früher von ihrer Wohnung in der Albrechtstraße 11 an eine Tänzerin vom Circus Reuz und andere abvermietet hatte, hat augenblicklich keine Einnahmen aus ihren Räumen. Das scheint der Frau Selbstmordgedanken eingegeben zu haben. Am Mittwoch gegen Mittag verließ sie in einem seidenen Kleide ihre Häuslichkeit und stürzte sich bald darauf an der Straße An der Schleuse in den Kanal. Sie wurde gerettet und von einem Schuttmann in ein Krankenhaus gebracht.

Der seit 14 Tagen als vermißt gemeldete Arbeiter Stenzel aus der Kantstraße ist gestern als Leiche oberhalb des Bierbänschens in der Spree gelandet worden. Verwundungen und Geld wurden bei dem Toten nicht vorgefunden.

Ueberfahren wurde von der elektrischen Bahn am Mittwoch Nachmittag ein Knabe von ungefähr 13 Jahren. Der Unfall ereignete sich am Kottbusser-Ufer zwischen Rautenfelstraße und Kottbusser Weide. Der Train überfuhr den auf dem Fahrdamm stehenden Knaben so, daß ein Ausweichen unmöglich war. Der Verunglückte trug schwere Verletzungen davon.

Ein durchgegangenes Liebespaar wird aus Leipzig hierher signalirt. Es handelt sich um einen 29 Jahre alten, aus Stuttgart gebürtigen Mediziner Otto Sonne und die um zwölf Jahre ältere Frau des Opernsängers de Grach, Anne Marie mit Vornamen. Man hat nach allen Richtungen Nachricht gegeben, die Ermittlungen sind aber bisher erfolglos geblieben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verliebten gemeinsam in den Tod gegangen sind.

Durchgebrannt ist die 24 jährige Chansonnette Louise R. unter Mitnahme zahlreicher, ihrem „Verhältnis“, dem Privatbeamten Franz H., gehöriger Werthgegenstände. H., der mit der Sängerin in gemeinschaftlichem Haushalt lebte, war zu Ostern zum Besuch seiner Eltern in die Heimat gereist und hatte seine Sachen der Obhut seiner Geliebten anvertraut. Als er jedoch wiederkehrte, war die R. verschwunden, die Habsgüter ihres Anbeters hatte sie vorsorglich mitgenommen. Die Durchgängerin soll sich nach Amsterdam gewandt haben. Der vertrauensvolle Privatbeamte ist von seiner „Chansonnettenliebe“ gründlich kurirt.

Mit einer großen Wunde an der Stirn über dem rechten Auge ist am Dienstag Abend gegen 7 Uhr im Hofen der Norddeutschen Lagerhaus-Aktiengesellschaft am Nordufer die Leiche eines Mannes gefunden worden, der nach Papieren der 48 jährige Ar-

beiter Gottfried Schließ zu sein scheint. Ob ein Verbrechen vorliegt, oder ob Sch. durch Selbstmord oder Unfall in dem kleinen Wasser geendet hat, bedarf noch der Untersuchung.

Unfallfälle im Straßenverkehr. Auf dem Röhrendamm erlitt vorgestern vormittags die Wittwe Albertine Faust dadurch eine erhebliche Verletzung am rechten Auge, daß sie beim Ausweichen vor einem Geschwoswagen gegen eine vorüberkommende Anzeigerdroschke fiel und dabei hinfiel. Sie wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — An der Ecke der Straße Unter den Linden und der Friedrichstraße gerieth nachmittags die 16jährige Tochter des Ingenieurs Möhring aus Pantow unter die Räder eines Personenzuges und erlitt anscheinend innere Verletzungen. — Gegen 3/4 Uhr fiel der Kohlenträger Wilhelm Mängel gegenüber dem Hause Alsbathufer 34 von dem Ufergeländer, auf welches er sich gesetzt hatte und eingeschlafen war, in den Ruisenstädtischen Kanal. Er wurde, ohne Schaden genommen zu haben, von dem erwachsenen Sohne des Obsthändlers Seidenschur von einem Handlabe aus an das Ufer geschafft. — Gestern Nachmittag gegen 8 Uhr wurde der Arbeiter Ferdinand Siedert vor dem Hause Sönnemündersstr. 1 von einem mit einem Pferde bespannten Privatfuhrwerk überfahren und erlitt an der linken Kopfseite eine etwa 4 Zentimeter lange Wunde. Der Fahrer des Fuhrwerks, dem zweifellos die Schuld an dem Unfall zu zuschreiben ist, entzog sich seiner Bestrafung durch die Flucht. Der Verletzte erhielt auf der Unfallstation II in der Schönhauser Allee einen Verband und wurde dann in seine Wohnung in der Griebensowstraße geschafft. — Abends wurde vor dem Hotel Kaiserhof die fünfjährige Tochter des Arbeiters Tanten durch eine Droschke überfahren und am linken Fuß erheblich verletzt. — Vor dem Hause Vinkenstr. 280 wurde am Abend die verheiratete Theresie Quadenfeld geb. Steinich durch einen Nachfahrer überfahren und trug einen doppelten Bruch des linken Vorderarmes davon. Die Schuld an dem Unfälle soll dem Nachfahrer treffen, weil er angeblich übermäßig schnell gefahren ist und keine Warnungssignale gegeben hat.

Theater. Das Schiller-Theater bringt am nächsten Sonntag Abend eine Aufführung von Kleist's Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ in Verbindung mit Schafepare's „Die Komödie der Irrungen“. In der Sonntag Nachmittag stattfindenden Aufführung geht Angenruber's Volksstück „Der Piarer von Kirchfeld“ in Szene. Heute findet eine Wiederholung von Slowronnel's Lustspiel „Eine Palastrevolution“ statt.

### Aus den Nachbarorten.

Eine sonderbare Widmung hat man in Groß-Lichterfelde entdeckt. An einem Baume hing die Photographie eines Mannes mit folgender Aufschrift: „Aus Freude das ich mich vor 5. Jahre hier nicht Erhängt habe, widme ich diesen Baum, mein Bild zum Andenken Berlin im Jahre 1892 und 1897.“

Ein Verbot der Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern mit Regelaussichten oder mit sonstigen Berichtigungen in Gastwirtschaften in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends hat unter Androhung einer Strafe bis zu 9 M. der Amtsvorsteher von Spandau erlassen. Die Verordnung tritt am 1. Mai in Kraft. — Da werden die Regelaussichten halt erst von 7 Uhr abends an in Aktion treten. Auch eine Sozialreform!

Der Uhmacher Scholz in Schöneberg, der nach Meldung einer Lokalkorrespondenz infolge der von seiner Ehefrau erlittenen Verletzungen durch Messerstücke in der Charitee gestorben sein sollte, ist, wie wir erfahren, noch am Leben und auch leistungsfähig geblieben. Er wird nach Beistand der notwendigen ärztlichen Hilfe nach viertägiger Behandlung voraussichtlich noch heute aus dem Krankenhause entlassen werden können.

### Geriichts-Beilage.

In einer Art Vertheidigungsrede für den Angeklagten gestaltete sich das Plädoyer des Staatsanwalts in einer Verhandlung, welche gestern vor der 130. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Der Angeklagte, Kaufmann Braun, hatte sich der Beleidigung offen schuldig bekannt. Seine Tochter hatte für die Firma Voroschel u. Wagner Handarbeiten geliefert, war mit ihrem Austragen in Differenzen gerathen und wollte das Verhältniß lösen. Man sei der Inhaber der Firma, Kaufmann Voroschel, plötzlich mit der Besichtigung hervorgetreten, daß die Tochter des Angeklagten Unterschlagungen an dem ihr anvertrauten Material begangen habe. Gines Morgens sei ein Kriminalbeamter erschienen, um Hausfuchung abzuhalten und bald darauf habe sich auch Voroschel eingestellt. Natürlich sei die Hausfuchung ergebnislos verlaufen, eine Anklage gegen die Beschuldigte sei überhaupt nicht erhoben worden. Er, der Angeklagte, habe annehmen müssen, daß Voroschel seine Tochter durch den schimpflichen Verdacht nur habe kränken wollen und in der Erregung darüber habe er denselben mit einem Schimpfwort belegt und ihn nach Beendigung der Hausfuchung auch nicht die Worttreppe benutzen lassen, sondern die Hintertreppe hinabgeführt. Die Darstellung des Angeklagten

wurde durch die Beweisaufnahme bestätigt. Der Staatsanwalt hielt die Erregung des Angeklagten für erklärlich und ebenso, daß derselbe sich zu einem beleidigenden Ausdruck habe hinreißen lassen. Eine Bestrafung müsse allerdings erfolgen, aber er hatte eine Geldstrafe von 6 M. für eine ausreichende Sühne. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Edwienstein, schloß sich diesem Antrage an und der Gerichtshof erkannte dementsprechend.

Unter welchen Umständen der Jurist „Karl“ zu einer Beleidigung werden kann, hatte gestern die V. Strafkammer des Landgerichts I als Berufungssitzung zu prüfen. Der Droschkenführer Silber war von dem Schuttmann Karl Wille mehrere Male mit einer Strafanzeige bedacht worden. Als der Schuttmann eines Tages an einem Droschkenhalteplat vorbeikam, auf welchem Silber hielt, will er wahrgenommen haben, daß dieser ihn wiederholt mit seinem Vornamen Karl anrief und dabei höhnische Geberden machte. Er reichte deshalb den Strafantrag und Silber wurde auch vom Schöffengericht zu 6 M. Geldstrafe verurtheilt. Die V. Strafkammer hat ihn gestern auf Antrag des Rechtsanwalts Leonhard Friedmann freigesprochen. An sich nahm der Gerichtshof an, daß in einem solchen Rufen mit dem Vornamen unter Hinzufügung höhnischer Geberden eine Beleidigung liegen würde; auf Grund der Aussagen der vernommenen Augen- und Ohrenzeugen hielt er es aber nicht für erwiesen, daß jener Jurist dem Schuttmann geolien habe.

Das Gebiet der Hefefabrikation berührte eine Privatklage, die gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt wurde. Privatkläger war der Inhaber der Hefefabrikations-Firma Peters in Hamburg, Beklagter der Redakteur der Fachzeitschrift „Alkohol“ M. Stenglein. Letzterer hatte in seiner Zeitung einen Artikel veröffentlicht, der angeblich von einem Bierweiser herrührte und Mißstände auf dem Gebiete der Hefefabrikation aufdeckte. Es wurde darauf hingewiesen, daß vielfach ein unläuterer Wettbewerb sich breit mache, indem einzelne Fabriken die werthvolle Getreidehefe mit der weniger werthvollen Bierhefe verwechselten und, ohne von dieser Verwechslung dem Konsumenten Kenntniß zu geben, als reine Getreidehefe verkauften. Der Artikel machte die Abnehmer darauf aufmerksam, daß alles, was unter dem Namen „Viktoria“, „Derkules“, „Kaiser-Hefe“ u. dergl. auf den Markt komme, solche Zusätze von Melasse-Hefe enthalte. Die Firma Peters, die zwei dieser Marken führt, suchte sich hierdurch beleidigt, da auf ihre Fabrikate diese Behauptung nicht zutrafte. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof billigte ihm den Schutz des § 193 zu und hielt auch eine beleidigende Absicht nicht für nachgewiesen, da der Beklagte den Mägen als den Fabrikanten der erwähnten Marken nicht gekannt und auch seinen Namen genannt hatte.

Die Affäre Wiltz, Tappert kontra Kerr kommt, wie uns berichtet wird, nur in langsamem Tempo vorwärts. Der Vertreter Kerr's, Rechtsanwalt Paul Jonas, hatte vor drei Wochen Herrn Tappert aufgefordert, binnen drei Tagen die Ladung vor den Schiedsmann zu bewirken, widrigenfalls gegen ihn wegen der Herrn Kerr zugesügten Beleidigung vorgegangen werden würde. Am 8. April antwortete Rechtsanwalt Töpping im Auftrage des Herrn Tappert, daß Herr Dr. Kerr nicht lange auf die Ladung vor den Schiedsmann werde zu warten brauchen, falls die Königl. Staatsanwaltschaft nicht von Amts wegen Anklage erhebt. Infolge dessen beantragte Rechtsanwalt Jonas am 12. April, für den Fall, daß auf Tappert's Antrag öffentliche Klage erhoben werden sollte, wegen der dem Dr. Kerr zugesügten Beleidigung gleichfalls von Amts wegen einzuschreiten. Nun wurde aber seitens des Herrn Tappert kein Strafaufrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, Dr. Kerr wurde vielmehr am 14. April vor den zuständigen Schiedsmann für den 15. April, nachmittags 2 Uhr geladen. Herr Kerr entschuldigte sein Ausbleiben mit der Begründung, daß es ihm auf die sachliche Austragung des Streites ankomme. Da nun bis jetzt eine Privatklage beim königlichen Amtsgericht nicht eingereicht ist, will nun Dr. Kerr seinerseits mit einer solchen vorgehen. Inzwischen wird noch einige Zeit vergehen, ehe der Fall vor Gericht zum Austrag gebracht werden kann.

Die Heiligkeit eines Oefkens und Bekens. Eine empfindende Brutalität führte heute den Volontair Martin v. Weicher unter der Anlage der Körperverletzung vor die dritte Strafkammer des Landgerichts II. Angeklagter erlernt auf dem Rittergute Friedrichsfelde die Landwirthschaft. An einem Tage im August v. J. fuhr der Administrator Dohj zwecks einer Besichtigung nach den Feldern hinaus und nahm den Volontair mit. Unterwegs bemerkten beide, daß der zehnjährige Sohn des Tagelöhners Schulze auf einer zum Gute gehörigen Wiese Gras pflückte. „Den Jungen möchten wir uns mal einfangen!“ meinte der Administrator und der Volontair rief: „Das wollen wir gleich besorgen!“ sprang vom Wagen und holte den Jungen ein. Er schlug denselben zunächst mit einem Krüchstock über das Kreuz, dann zwang er denselben, das abgepflückte Gras aufzunehmen und ließ nun den kleinen Jungen fortgesetzt mit den Knien, bis der an der Straße haltende Wagen erreicht war. Hier nahm man dem Kinde die paar Handvoll Gras ab und ließ dann den Kleinen, der sich wegen der erduldeten Mißhandlungen nicht mehr von der Stelle bewegen konnte, auf der Straße liegen. Nun lag das Kind wimmernd und jammern mehrere Stunden lang, bis ihm abends um sieben von der Arbeit heimkehrende Frauen fanden und nach der elterlichen Wohnung brachten, wo der Knabe mehrere Tage das Bett hüten mußte. Das Schöffengericht hatte diese Brutalität nur mit fünf Mark Geldstrafe geahndet, weshalb die Staatsanwaltschaft die Berufungssitzung angerufen hatte. Hatte der Angeklagte schon vor dem Schöffengericht erklärt: „Ich bin aus solchem Stande, daß ich wegen einer solchen Kleinigkeit nicht leugnen würde, wenn ich es gekonnt hätte!“, so setzte er sein Leugnen auch vor der Strafkammer fort. Verschiedene Frauen aber, die auf dem Felde arbeitend, den Vorfall mit angesehen hatten, bekundeten die von ihnen beobachteten, vom Angeklagten bestrittenen Mißhandlungen mit vollster Bestimmtheit, nur der Administrator Dohj, der an der Sache nicht ganz uninteressirt war, wollte von den Schlägen nichts gesehen haben. Zwischen ihm und dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Sellwig, entspann sich folgendes bezeichnendes Zwiegespräch. Zeuge: Ich habe mich sogar gewundert, daß der Angeklagte den Jungen nicht verhanen wäre ich das gewesen, ich hätte ihn ganz anders durchgeprügelt. — Vorl.: Das sollen Sie wohl bleiben lassen, denn sonst können Sie höchst unangenehme Bekanntschaften machen! So weit sind wir denn heute doch noch nicht! — Gah: Hätte ich gewünscht, daß das so kommen würde, dann hätte ich den Jungen zur Anzeige gebracht! — Vorsitzender: Das würde Ihnen nicht viel genutzt haben, denn der Knabe ist erst 10 Jahre alt und daher noch nicht strafmündig! — Bei der Urtheilssprechung nahm der Gerichtshof als Strafmildernd an, daß der Angeklagte noch jung und unbescholten sei und bei der unbedenklichen Handlung wohl unter dem Einflusse seiner Umgebung gestanden habe. Die Strafe wurde daher nur auf 10 M. erhöht. Wie viele Monate Gefängniß hätte er gekostet, wenn ein ausländiger Arbeiter einen Streikbrecher derart behandelt hätte? Wie mag der Oefken und Bekken von Weicher sich ob solcher Würdigung seiner Nothheit im Häufigen lachen. Wenn eine derartige Bestialität in unmittelbarer Nähe Berlins geschähe, kann, wie mag es dann im eigentlichen Ostelbien hergehen?

Ein „Gebildeter“. Wegen Erregung ruhestörender Art, Mißhandlung, Beamtenebeleidigung und außerdem Verletzung eines falschen Namens hatte sich gestern der Ingenieur Franz Stomm vor der 130. Abtheilung des Amtsgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte war in der Nacht zum 11. Januar d. J. nach einer recht ausgebeuteten Bierreise schließlich nach einem Streit mit dem Café Bauer hinausgeführt worden und verlangte von dem dort postirten Schuttmann Verand, dieser solle ihm den Biberinturirt in das Café erzwingen. Als der Beamte sich dessen natürlich weigerte und den Angeklagten aufforderte, ruhig

erbt die gleichen zahlreichen Vorwürfe, die bei mir wiederkehren.“ Zur Charakteristik der von mir als „lächerlich und gehässig“ bezeichneten Manier seien statt jeder weiteren Erörterung hier nur zwei Stellen aus der Wendstern'schen Schrift angezogen: „Marx begeht eine bewußte Täuschung, wenn er sagt, daß Aristoteles die Analyse der Werthform angegeben hat.“ Und dann noch eine Stelle aus dem zweiten Theile, wo die Marx'sche Geschichtstheorie ganz im Vorbeigehen ein wenig als Plagiat verdächtigt wird: „Marx lebte eine ganze Reihe von Jahren... in Paris, kurze Zeit, nachdem Le Chevalier dort eine hervorragende Rolle in der Entwicklung der Lehre Fouriers gespielt hat... scheint es billig zu sein, die Frage zu erwägen, ob nicht Marx sich Le Chevalier gegenüber in der Hölle befinden hat, welche er Proudhon gegenüber einer Reihe französischer und englischer Schriftsteller anweist, sie ignorirt, oder gar, ohne sie zu erwähnen, stark benutzt zu haben.“ Böhm-Bawerk bleibt dagegen in den sachlich begründeten Grenzen der Polemik. „Ich zweifle gar nicht, erklärt er ausdrücklich, daß Marx von seiner These (des Werthgesetzes) wirklich und ehrlich überzeugt war“. Soviel, um den Kleinen, von mir hervorgehobenen Unterschied im Tone der Polemik zu illustriren.

2. Ich habe nicht behauptet, daß Marx die Arbeit des Kapitalisten als qualifizierte Arbeit gewerthet habe (obgleich sich eine solche Behauptung sehr wohl rechtfertigen ließe), sondern ich habe nur Wendstern's Schrift gegenüber darauf hingewiesen, daß die Werthung der Kapitalistenarbeit als einer qualifizierten die Geltung der Marx'schen Werththeorie in keiner Weise umhöht. Warum geht Herr v. Wendstern an diesem, dem eigentlichen Punkte der Polemik vorbei?

3. Wendstern wiederholt hier das Zitat, durch welches er, wie ich in meiner Kritik schrieb, in Marx den Russin hineininterpretiren will, ein Gebrauchswert werde als Waare an sich, als Gegenstand des Handels, ohne jede Beziehung zu einem bestimmten Gebrauchszweck verkauft. Aber er bricht merkwürdiger Weise das Zitat gerade an der kritischen Stelle ab. Es heißt nämlich weiter: „Alle Klügelien des Herrn Proudhon beschränken sich auf folgendes: Man kauft die Arbeit nicht als Objekt unmittelbarer Konsumtion. Nein, man kauft sie als Produktionsmittel, wie man eine Maschine kauft. Solange die Arbeit Waare ist, hat sie Werth, aber produziert nicht.“ Wo bleibt da der von Wendstern hineininterpretirte Widerspruch? Dießföhrsten von Wendstern zitierten Sätze bereiten nur diese Schlussfolgerung vor, daß die Waare Arbeit (Arbeitskraft) zu dem ihr als „Gegenstand des Handels“ innewohnenden Tauschwerth wie jede andere Waare verkauft wird. Von dem Widerspruch, daß Waaren, die doch als Gebrauchswerte produziert sind, ohne jede Beziehung zu einem bestimmten Gebrauchszweck verkauft werden,

ist hier gar keine Rede. Der Gebrauchszweck der Waare Arbeit ist es ja eben, als „Produktionsmittel“ zu dienen, wie Marx ausdrücklich hervorhebt. Der Widerspruch, den Wendstern in Marx hineininterpretirt, kommt also ganz und gar auf Wendstern's eigenes Konto.

4. Daß heututage vielfach noch naturalwirtschaftlich produziert wird, weiß jedes Kind. Das Originelle, was ich mit vollem Recht als charakteristische Probe einer ziellos nörgeinden Kritik hervorgehoben, war der grandiose Einwurf Wendstern's, die Marx'sche Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses leide daran, daß sie eben nur eine solche Analyse, und nicht zugleich auch Darstellung der heutigen Naturalwirtschaft sei. Das „Gelegenliche“ ist manchmal noch charakteristischer als das breit ausgebreitete.

5. Zu den Elementen, welche die durchschnitlichen Bedingungen jeder Produktionsperiode herstellen, gehört natürlich auch der Zustand von Sittlichkeit und Recht. Herr Wendstern hätte sich seine rhetorische Frage ersparen können. Denn was ich an zweifelte, war nicht etwa der einfache Satz, daß durch staatliche Gesetzgebung die Produktionsbedingungen und damit eventuell auch die zur Produktion gewisser Waaren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verändert werden könne, sondern das ganz begrifflose Postulat, daß diese (Gesetzgebungs-) Arbeit bei dem Begriffe der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als ein Theil derselben (!) mitberücksichtigt werden muß“. Warum solche Verwechselungen?

Den Schluß macht die Behauptung: „Böhm-Bawerk beweist genau in derselben Weise wie ich, daß Marx u. s. w.“ Wenn Herr Wendstern damit sagen will, daß seine Idee des „abstrakten Gebrauchswertes“, deren Unzulässigkeit in der Kritik näher beleuchtet wurde, der Sache nach auch in den polemischen Ausführungen Böhm-Bawerk's enthalten ist, ließe sich darüber wohl reden.

Noch mehr! Diese Idee ist der Sache nach, wie Wendstern hätte hinzusetzen können, bereits in der 12 Jahre vor der Wendstern'schen Schrift erschienenen „Geschichte und Kritik der Kapitalistentheorie“ jenes Autors enthalten. Aber wenn sie auch in dem Gedanken gange der neuen Böhm-Bawerk'schen Polemik wiederkehrt, so bildet sie doch, wie man gerechtfertigterweise anerkennen muß, durchaus nicht das Charakteristikum, den Kern“ derselben. Was ich als diesen Kern betrachte und damit das Kriterium, an welchem ich den großen Vorzug der Böhm-Bawerk'schen gegenüber der Wendstern'schen Kritik abgemessen habe, ist, ohne daß ich es hier wiederholen müßte, für jeden Leser deutlich genug in meiner Kritik ausgesprochen. Ich kann mit einer leichten Venderung von Wendstern's eigenen Worten schließen: „So viele Ausführungen Herr v. Wendstern macht, so vieler Fehler macht er sich schuldig.“ C. S.

seiner Wege nach Hause zu gehen, fing der Angeklagte an darauf zu skandalisieren, daß Berndt, dem noch der Schuhmann Klein zu Hilfe kam, zu seiner Siftung schreiten müßte. Dieser setzte jedoch der Angeklagte ganz energischen Widerstand entgegen, indem er mit den Armen um sich schlug, sich mit den Füßen gegen den Boden stemmte, dann sich selbst zu Boden warf und sich an ein Schaufelsteggeritter klammerte. Auf dem Wege zur Wache beleidigte er dann noch die Beamten durch Ausdrücke wie „Hanswurst, Uran“ und dergl. Auf der Wache soll er sich den Namen „Dorn“ beigelegt haben. Der Angeklagte leugnete alles und will vielmehr selbst der Beleidigte gewesen sein; die Beamten hätten ihn unfaßbar behandelt u. s. w. Der Gerichtshof hielt die falsche Namensangabe nicht für genügend erwiesen, da „Dorn“ an „Stomm“ anklänge, und erkannte wegen der üblichen Straftaten auf zusammen 70 Mark Geldstrafe.

**Polizeiliches aus Ostelbien.** Der Vorstand des Vereins „Freundestreue“ in Danzig erhielt im Juni 1896 eine polizeiliche Verfügung, binnen acht Tagen ein Mitgliederverzeichnis und ein Exemplar der Statuten der Behörde einzureichen. Dem Verein wurde von der Polizei der Zweck zugeschrieben, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Die Beschwerden des Vorstandes hatten keinen Erfolg. Der Regierungsräsident und der Oberpräsident erklärten, der Verein „Freundestreue“ diene lediglich der sozialdemokratischen Agitation. Der Vorstand klagte nunmehr gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht und machte geltend, daß der Verein, wie auch das Statut ergebe, nur die Geseßlichkeit pflegen wolle und zu diesem Zwecke u. a. Gesangsabende und Vergünstigungen veranstalte und auf gemeinsame Kosten gelegentlich Getränke besorge. Das Gericht forderte sich die Polizei-Akten ein, auf die sich der Herr Oberpräsident berief. In den Akten ist besonders Gewicht darauf gelegt, daß der Nießer des Vereins, Sozialist, Genosse Stolz, ein bekannter Sozialdemokrat ist und bei der Agitation über die Bedeutung des Achtundzestages im sozialdemokratischen Sinne referiert hat. Die Klager bezweifelten die Berufung auf diesen Vorgang als vollständig haltlos, weil die Nießener garnicht vom Verein „Freundestreue“, sondern von den Gewerkschaften veranstaltet worden sei. Hieraus antwortete der Oberpräsident, die Gewerkschaften hätten nur den Einberufer markiert, thatsächlich sei aber die Seele der Veranstaltung der Verein „Freundestreue“. Seine Mitglieder und die hervorragenden Mitglieder der Gewerkschaften wären dieselben Personen. Das Ober-Verwaltungsgericht glaubte indessen diesmal nicht an die Unschärfe der königlichen polizeilichen Verfügung, es gab vielmehr der Klage statt und setzte mit dem Bescheide des Oberpräsidenten auch die unstrittene ortspolizeiliche Verfügung außer Kraft. Die Gründe verurteilte Präsident Perkus nicht, da die Parteien nicht vertreten waren. Nach wie vor wird die Presse von ihm ignoriert.

### Soziales.

**Der jährliche Arbeitsdienst der landwirtschaftlichen Arbeiter im Königreich Bayern** wird im vierten Heft des Jahrgangs 1896 der Zeitschrift des kgl. bayerischen statistischen Bureaus auf grund amtlicher Ermittlungen wie folgt angegeben (a bedeutet die unmittelbaren Städte, b die Bezirksämter, h den höchsten Verdienst, m den niedrigsten):

	über 16 Jahre alte Arbeiter		Arbeiterinnen		unter 16 Jahre alte Arbeiter		Arbeiterinnen	
	h	m	h	m	h	m	h	m
Oberbayern.	780	450	550	380	400	240	400	240
Niederbayern.	600	400	480	300	400	200	300	180
Oberpfalz.	500	380	360	300	300	230	260	200
Oberfranken.	480	400	320	320	210	200	210	150
Mittelfranken.	480	270	402	150	370	102	300	90
Unterfranken.	600	410	390	240	390	200	320	165
Schwaben.	570	340	410	240	380	180	265	150
Pfalz.	550	468	430	315	350	270	270	180
	440	270	350	210	350	150	280	120
	600	440	500	330	400	240	380	210
	535	350	400	280	300	210	260	175
	600	420	380	300	300	225	240	180

Was den Jahresarbeitsdienst der forstwirtschaftlichen Arbeiter anbelangt, so ist, wie der „Reichs-Anz.“ mitteilt, dieser in den meisten Fällen dem der landwirtschaftlichen Arbeiter gleich angelegt.

Durchweg übereinstimmende Sätze finden sich allerdings nur in der Oberpfalz.

Die Errichtung eines städtischen Arbeitsamts ist in der bayerischen Stadt Memmingen von Magistrat beschlossen worden. Die Stadtverwaltung von Kaiserslautern beschloß, das dortige städtische Arbeitsnachweisbureau als Zentralstelle für den Arbeitsnachweis der Rheinpfalz zu organisieren.

Gegen die Einführung der Sonntagsruhe im Eisenbahn-Verkehr, die von österreichischer Seite angeregt war, hat sich, nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“, die ungarische Staatsbahn-Verwaltung „entschieden“ ausgesprochen. Es ist das ein weiteres Zeichen für die Rückständigkeit der ungarischen Regierung in Fragen, die die Förderung des Arbeiterwohls betreffen.

### Versammlungen.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter hielten am 21. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung vom 1. Quartal; dieselbe ergab an altem Bestand und Einnahme 327,04 M., Ausgaben 182,58 M., bleibt Bestand 144,46 M.; darauf wurde der Kassirer entlassen. Zum 2. Punkt gab der Vorsitzende den Bericht des Vorstandes; es fanden danach 12 Versammlungen, davon 7 mit Vortrag, zwei kombinierte Versammlungen mit Vortrag und 19 Vorstandssitzungen statt. Weitere Berichte wurden von den Kollegen Mägge für den Arbeitsnachweis und Birckholz für den Rechtschutz gehalten. Darauf wurde die Neuwahl des Vorstandes erledigt. Gewählt wurden die Kollegen: Kühn, 1. Vorsitzender; P. Fischer, 2. Vorsitzender; Gafke, 1. Kassirer; Kucher, 2. Kassirer; Nicolai, 1. Schriftführer; Kummel, 2. Schriftführer. Als Revisoren: Przepisny, Pump, Jost. Zur Rechtschutz-Kommission: Franz, Sauerzapf, Birckholz. In den Ausschuss: Franz, Birckholz. In den Arbeitsnachweis: Schneider, Reschke, Leidecker, Bruhn, Pohl, B. Schmidt und Laue. Darauf erstattete der Delegierte der Filiale II den Bericht der Generalversammlung; aus diesem war zu entnehmen, daß der Antrag betreffs Anschluß an den Holzarbeiter-Verband abgelehnt, ein anderer Antrag für Erhöhung der Beiträge dagegen angenommen wurde. — Vor Schluß der Versammlung entspann sich noch eine rege Diskussion über die Firma Hellmich; dort waren am Oberbühnenende mehrere Kollegen zum Kesseltreiben beordert. Als sie um 4 Uhr noch nicht fertig waren, wurde ihnen gesagt, daß der Kessel unter allen Umständen fertiggestellt werden muß; wenn das nicht passe, der könne gehen, worauf sieben derselben die Arbeit verließen. Den Mitgliedern der Filiale II noch besonders zur Kenntnisnahme, daß von jetzt ab nicht mehr Sonntags, sondern Sonnabends Abend die Komitee der Beiträge stattfindet.

Die Händler und Händlerinnen hielten ihre Generalversammlung am 23. April bei Scheeve, Blumenstr. 88 ab. Nach dem Vorstandsbericht haben im verfloßenen Vierteljahr 7 Versammlungen stattgefunden; in 5 wurden Vorträge gehalten. Ausgeschlossen wurde das Mitglied Haupt, weil er die Interessen der Organisation geschädigt hat. Seiler gab den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 104,11 M., die Ausgabe 74,15 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit des Berichtes und dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Aus der Wahl gingen hervor: Radz, 2. Vorsitzender, Seiler, 1.; Leon 2. Kassirer, Schröder 1., Rädermann, 2. Schriftführer, Revisoren: Schulze, Görtz, Luther. Als Bibliothekar Müller, Stellvertreter Luther. Entlichen wurden aus der Bibliothek 28 Bände. Ein Antrag wurde angenommen, ein Auskunfts-Bureau zu errichten und wurde das Lokal von Preuß. Neue Friedrichstr. 20, dazu bestimmt, wo Sonntags von 9-11 Uhr vormittags ein Vertreter anwesend ist. Aufgenommen wurden zwei Mitglieder. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß am 2. Mai eine Parie zur Vaumbühne nach Werder stattfindet. Abfahrt morgens 7 Uhr vom Potsdamer Bahnhof. Für Nachzügler Treffpunkt im Restaurant Martin, Angelweg in Werder.

In einer öffentlichen Versammlung der Schäfte-Arbeiter und -Arbeiterinnen, die am Montag bei Cohn, Beuthstr. 20, hielt Genosse Wille einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Den Zweck der Organisation und die Notwendigkeit der Vertretung der Arbeitszeit. Die Abrechnung der Agitationskommission, die von zwei Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde, ergab eine Einnahme von 62,85 M. und eine Ausgabe von 43 M. Von einer Neuwahl der Agitationskommission für die Schäftebranche wurde Abstand genommen und wurden Kleinert

und Spange beauftragt, gemeinsam mit der Kommission der Schäftearbeiter die Agitation einheitlich zu regeln. Nachdem von mehreren Rednern aufgefordert worden war, die angelegenen Fragebogen ausführlich zu beantworten, um ein genaues Bild über die Lohnverhältnisse und die Dauer der täglichen Arbeitszeit zu erhalten, wurde noch auf die Wünsche hingewiesen und um rege Teilnahme ersucht. Die Mitarbeiter-Versammlungen der Schuhmacher, an denen sich die Schäfte-Arbeiter beteiligen werden, finden im Lokal „Königsbau“ für die Fabrikarbeiter, bei Cohn, Beuthstr. 20, für die Schäftearbeiter statt. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die Vereinsversammlungen der Schäftebranche des Sonnabends 14-tägig bei Babel, Rosenhallerstraße 57, stattfinden.

Die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipfer etc. „Grundstein zur Einheit“, hatte laut Bericht des Kassirers in der letzten Versammlung für die Berliner Filiale im 1. Quartal nachfolgende Einnahme zu verzeichnen: Mit dem Bestand von 3587,34 M. vom 4. Quartal 1896 und 12 000 M. Zuschuß von der Hauptkasse 43 180,59 M., dem gegenüber steht eine Ausgabe von 89 460,15 M. inkl. 9000 M., die an die Hauptkasse gefandt wurden, bleibt somit ein Bestand am Schluß des 1. Quartals von 3220,44 M. Beschllossen wurde, das Bureau der Kasse am 1. Mai geschlossen zu halten; an diesem Tage dürfen auch die Hilfskassirer nicht laßiren.

Friedrichberg. Am 20. d. M. hielt der Arbeiter-Bildungsverein seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand den Jahresbericht gab. Danach wurden 12 Versammlungen, theils mit wissenschaftlichen, theils mit politischen Vorträgen abgehalten. Der Kassirer berichtete einen Bestand vom vorigen Jahre von 92,55 M., in diesem Jahre eine Einnahme von 231,70 M., eine Ausgabe von 94,70 M., bleibt ein Bestand von 169,55 M. Nachdem erfolgte die Neuwahl des Vorstandes, gewählt wurden: Frey Schulz, Vorsitzender; Kral, Kassirer; Pawl, Schriftführer; als Hilfspersonen Karwehl, Müch und Weiffing; als Revisoren Swenn, Witz und Sander; als Beitragsammler Witz, Swenn und Schölsch. Unter Vereinsangelegenheiten beschloß man, die Versammlungen abwechselnd einmal im Lokale des Herrn Gisch, Frankfurter Allee, und das nächste Mal bei Herrn Moser, Dorfstraße 2, abzuhalten und zwar jeden Dienstag nach dem 15. im Monat. Am Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß das Flugblatt zu gunsten des Vereins am 16. Mai verbreitet wird und ersucht die Genossen um rege Beteiligung.

Wilmerdorf. Der Arbeiterverein hielt am 21. April seine Generalversammlung ab. Der Verein besteht zur Zeit aus 48 Mitgliedern. 19 Versammlungen wurden im Laufe des Jahres abgehalten, wovon in 10 ein Referat gehalten wurde. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 74,90 M., eine Ausgabe von 4,40 M., bleibt Bestand 70,50 M.; 45,00 M. stehen noch als Darlehen aus. Gewählt wurden die Genossen Rohmann, Vorsitzender, Klingenberg, Kassirer und Bräuner, Schriftführer. Dann gab der Genosse Kerz bekannt, daß er von dem Gemeindevorsteher Amtverloren habe, auf eine Resolution, die in einer öffentlichen Volksversammlung gefaßt worden war, wozu Erreichung einer unentgeltlichen Bade-Einrichtung für die Schulkinder. Die Gemeindevertretung werde das bei dem Neubau der Schule in Erwägung ziehen.

### Witterungsübersicht vom 28. April 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (50 C. = 40 F.).
Swinemünde.	765	SW	4	heiter	14
Hamburg.	768	W	1	wolkenlos	13
Berlin.	764	W	2	wolkenlos	14
Wiesbaden.	764	SW	1	heiter	13
München.	767	SW	3	wolkenlos	13
Wien.	767	SW	2	wolkenlos	12
Saparanda.	766	N	2	wolkenlos	7
Petersburg.	766	WS	1	bedeckt	5
Oslo.	764	WS	2	bedeckt	11
Norwegen.	762	W	2	halb bedeckt	8
Paris.	763	SW	—	Dunst	16

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 29. April 1897. Warm und schwül bei schwachen südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und etwas Neigung zur Gewitterbildung. Berliner Wetterbureau.

## Öffentl. Versammlung

aller in Schriftstellersvereine, Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend am Freitag, den 30. April 1897, abends 6 Uhr, in den Arminkallen, Kommandantenstraße 20. Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung über die Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen und weitere Beschlüsse. 2. Verschiedenes. Der Einberufer.

## Achtung! Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(Veritliche Verwaltung Berlin G.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 1. Mai der Maifeier wegen die Zahlstellen geschlossen sind, dafür werden die Beitragsammler am Sonntag, den 2. Mai, vormittags von 8 bis 10 Uhr in ihren betreffenden Zahlstellen anwesend sein, um die Beiträge von den Mitgliedern entgegen zu nehmen. 1897/98 Die Mitglieder werden um die größtmögliche Verbreitung hiervon ersucht. Die Kreisverwaltung.

## Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin u. Umgegend Bekanntmachung.

Der Mitglieder-Versammlungsbeschluss vom 25. April 1897 bleibt das Bureau am 1. Mai geschlossen und wird das Krankengeld für diese Woche am Freitag, den 30. April ausgezahlt. Ferner fällt das Kassieren der Hilfskassirer für den Abend des 1. Mai aus. Der Hilfskassirer für Wedding faßt das 8. Rat nicht mehr Kollegier. 23. sondern Weddingstraße 9 bei Marlowitz. 1897/98 Der Vorstand. H. A. D. Recke.

## Gr. Frauen-Vortrag

am Freitag, den 30. April, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in Berlin (Wedding), Milbrodt's Festsäle, Müllerstr. 7, H. pt. Fräulein Minna Kube prakt. Naturheilkundige Leiterin des Charlottenburger Naturheilbades über Krankheiten d. weiblichen Geschlechts Zum jährlichen Besuch ladet ergebenst ein 1896 Der Vorstand des „Heilverein Kube“. Geschäftsstelle Berlinstr. 126.

## Achtung, 1. Mai! IV. Stiftungs-Fest des Theater-Vereins „Vorwärts“

(grat. 6. Mai 1897). 1833b Gr. Konzert, Prolog, Theatervorstellung. Zur Aufführung gelangt: O welche Lust, Solbat zu sein. Lebensbild mit Gesang in 3 Akten und einem Schlußtableau „Vollfriedens“. — Erdöffnung 8 Uhr. Anfang präzis 9 Uhr. — Programm 30 Pf. — Nachher Tanz.

Hierdurch fordere ich alle meine Schützlinge auf, sich bei meinem verehrten Herrn Hauswirt Woll zu melden. Fritz Faulgentreff.

## Zur Maifeier! Große Auswahl in Stadtkarten, Plampans, Fahnen etc. zu den billigsten Engros-Preisen.

S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 19a

## Für 36 Mark

liefern seinen Knaben Raach für 30 M. 8. Sommer-Paletot nach Raach für 8-12 M. feinste Hosen nach Raach. Bedeutendes Stofflager. Krausenstr. 14, I. kein Laden.

## Reste. Reste.

Hofenterte, jed. Rest eines Herrenhofs, 500 Sommerpaletotreste, jeder Rest einen Paletot, 10 Mark. 15062\* Anbahnungsgeselle, sehr groß, 2-3 M. Herrenanzugreste in größter Auswahl. Kranienstr. 14, I. kein Laden.

## Möbel auf Theilzahlung.

J. Kellermann, Neue Jakobstr. 28. Herrenzimmer, Lourenz zimmer, Damenzimmer bill. koste. Theilz. gestattet. Blumenstr. 10, I. Fahrrad 97 Model, erhaltend, sehr billig, durchaus reelle Garantie, emp. d. Genossen H. A. D. Schulte, Kamenstr. 20, II. 1835b

## Achtung! Künstliche Zähne von 3 M. an.

Teils wöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Anordnen bei Beschädigung unentgelt. Guckel, Baumgartenstr. 2, Gassestr. 12, Steglitzerstr. 71 L

Restauration u. voller Konzeßion, 2 Vereinszimmer (20-40 Pers. fast), m. Piano, ist frantzeis. sol. preisw. zu verk. Köhlerstr. 8 im Zigarrengeschäft. 1831b

## Tuch- u. Cheviot-Rester

verkauft billig. — Muster gratis und franko. Julius Carlo, Sprenberg (Sausitz).

## Wer Stoff hat

fertige Kleider, feinste Futterstoffe, für 20 Mark an 1864b Heymann, Chausseestr. 26. (Frdl. Schloff. (g. Wasserleit.) f. 1 od. 2 Herrn sol. od. zum 1. zu verm. Sommerfeld, Köpenickerstr. 37, Hof I

Schlaff. f. H. Meitz, Andreasstr. 66, III. Zwei möbl. Schlaff. zu verm. Alte Jakobstr. 68, Curgel. 4 Tr. 1840b Kurfürststr. 14 (nahe Potsdamerstr.) möbl. Fenster. Zimmer zu verm. W. W. Steinbach, Kurfürststr. 14. 1838b

Bessere Schlaff. verm. sol. ev. 1. Mai Wwe. Steinbach, Kurfürststr. 14. 1838b Ein g. möbl. Zimmer m. Schreibt. Wartburgstr. 18, v. 3 Tr. I. 1835b Kist. Wösch. Frd. Schlaff. b. Wösch. Stallmeisterstr. 50. 1830b

Einzelzimmer 30 G. r. 3 Tr. b. Wwe. Oense fdb. Schlaff. g. l. f. Herrn. 1841b Frdl. Zimmer f. 1 od. 2 Herrn z. verm. Plan-Ufer 39, Hof 3 Tr. 1841b

Freundl. Schlaffestelle bei Bauschle, Elisabeth-Ufer 24 Hof II. 1835b E. Land. Schlaff. (sep. Eing. 6 M. a. v. Lohmann, Waidemarstr. 28 Hof IV. 1835b

Möbl. Stube nach v. sep. str. 2 G. als Schlaffestelle, Admiralsstr. 40a IV. Roth. W. W. d. Raim. 1832b Frdl. Schlaff. f. G. Landbergerstr. 35 G. III. b. Brandt. 1831b

Frdl. möbl. Schlaff. für G. Wamteufelstr. 60 v. I. r. 1830b Schlaff. f. G. Wamteufelstr. 65 v. III. Möbl. Zimmer Wamteufelstr. 69 II. bei Werne. 1838b

Ein möbl. Zimmer, sep. a. v. Wwe. Ballhausen, Reichbergerstr. 142 G. I. III. Sofort lauder möblirtes Zimmer. Wamteufelstr. 53 v. III. r. Krug. 1835b

Möbl. Schlaff. f. G. Wamteufelstr. 10 v. III. bei Adam. 1861b

Hiermit die traurige Mitteilung, daß mein lieber, unvergesslicher Mann, unter guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Schwiegersohn, der Schriftsteller 1839b

## Eduard Dill,

verstorben ist. Beerdigung Donnerstag Nachmittag 5 Uhr vom Trauerhause, Große Frankfurterstr. 111, nach dem Georgenfriedhof, Landberger Allee. Die trauernde Wittwe Anna Dill geb. Moniac nebst 3 unehel. Kindern.

## Dankagung.

Hiermit sagen wir allen Freunden und Bekannten, welche unserm verstorbenen Vater 1834b J. Klinkowski am Sonntag die letzte Ehre erwiesen haben, unsern aufrichtigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

## Dankagung.

Dem Gefangenen „Geistlichsteit“, sowie den Mitgliedern des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, und allen Bekannten, die sich so zahlreich bei der Beerdigung meines lieben Mannes beteiligt haben, sage ich hier mit meinen herzlichsten Dank. 1864b Frau Leske nebst Kindern.

## Arbeitsmarkt.

Karton-Arbeiterinnen, gelübt, verl. Th. Nathan, Stall-Schreiberstraße 29. 1792b Zeichner. Sticker-Konzeßion von David Niese, Jägerstr. 25. 1793b

## Geübte Drahthefterin

für Contobücher verlangen Riefenstahl, Zumpke & Co., Goldmarktstr. 67. 1087b Rannketter verlangt Duthenberg.

## Gejanglehrer A. Miesch.

Schliemannstr. 9, in Wittw. abends frei. 1829b Korbmacher. Tilm. Wehler, Krs. verl. Bruder, Postenstr. 60. 1835b Männer-Gesangverein sucht tücht. Dirigenten für Dienstag oder Mittwoch. Adresse: Wösch. Stallmeisterstr. 29. 1857b

Technischen a. Damenkleiderei sofort verlangt (unentgeltlich) Wöschenthalerstr. 20/21 III. l. b. Fr. Schneider. 1850b Gausfertiger Mädchen tagsüber sofort verlangt bei Fr. Schneider, Wöschenthalerstr. 20/21 III. l. 1850b

# Arbeiter-Maifest.

Sonnabend, den 1. Mai:

## 1. Wahlkreis.

Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Cafe.  
Instrumental- u. Vokal-Konzert,

ausgeführt von Zivil-Vernismusikern der Freien Vereinigung unter Mitwirkung von 12 Gesangsvereinen (Mitgl. d. Arb.-S.-B.). Dirigent Herr Rudolf Tietz.

Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht.  
Festspiele und Deklamationen.

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Maifest-Zeitung gratis.

## TANZ

Beginnt um 11 Uhr. Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 30 Pfennige nach.

## 2. Wahlkreis.

Unions-Brauerei, Hasenhaide 22-31.

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Musik von der Freien Vereinigung der Zivil-Vernismusiker. Dirigent Herr Böhm. Gesangsvorträge von 10 Gesangsvereinen (Mitgl. d. Arb.-S.-B.).

Turnerische Aufführungen.

## Festrede

um 8 1/2 Uhr, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten R. Fischer.

Von 5 Uhr ab: TANZ. Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.

Anfang des Konzerts 4 Uhr. Eintritt 20 Pf.

## 3. Wahlkreis.

Neue Welt, Hasenhaide 108.

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Festrede vom Reichstags-Abgeordneten Vogtherr.

Turnerische Aufführungen. Großes Feuerwerk. Tanz.

Anfang 4 Uhr.

Bei günstigem Wetter Auftreten der Geschwister William und Lola Blonay. Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie am 1. Mai in der „Neuen Welt“ an der Kasse zu haben.

## 4. und 5. Wahlkreis.

Keller's Festäle, Koppenstraße 21.

Brauerei Friedrichshain, Am Königsthor.

Elysium, Landsberger Allee 40-41.

Schweizergarten, Am Königsthor.

Sanssouci, Kottbuserstraße 4a.

Vokal- und Instrumental-Konzert. Festrede. Lebende Bilder. Masseugesänge. Grube und heitere Vorträge. Turnerische Aufführungen etc.

Nach dem Konzert: TANZ.

Anfang 4 Uhr. Billets 25 Pf.

Die Kaffeeküche wird um 3 Uhr geöffnet.

Bu recht zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

## 6. Wahlkreis.

Weimann's Volksgarten, Badstraße 56.

Puhlmann's Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.

Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9.

Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58.

Feldschlösschen, Müllerstraße 142.

Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 48-49.

Konzert. Festrede. Lebende Bilder. Tanz.

Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

**Parfeigenossen!** Um die Maifeier zu einer großartigen zu gestalten und auch den wirtschaftlich schlecht gestellten Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, daran theilnehmen zu können, wird ein festes Entree im 6. Wahlkreise nicht erhoben. Wir ersuchen aber, um möglichst die Unkosten decken zu können, nach Belieben sich an den Tellerfassungen zu betheiligen. Eure Pflicht ist es, die Arbeit ruhen zu lassen und durch zahlreiches Erscheinen die Maifeier zu einem wahren Volksfest zu gestalten.

Anfang 4 Uhr.

Das Komitee.

# Metallarbeiter!

Sonnabend, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, in Marten's Festsälen, Friedrichstraße Nr. 236:

## Oeffentliche Versammlung.

Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Paul Litka. Sämmtliche Kollegen begeben sich direkt nach der Versammlung. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Raether, N., Anklamerstraße 44. 282/3

## Mitgl. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter

E. S. 29 Hamburg. 18276

Den Mitgliedern zur Kenntnissnahme, daß am

Sonnabend, den 1. Mai

Beiträge in den Zahlstellen nicht entgegengenommen werden.

Die Ortsbeamten der Filialen Berlins und Umgegend.

## Achtung! Putzer. Achtung!

Sonnabend, den 1. Mai 1897, vormittags 10 Uhr:

## Grosse öffentliche Versammlung der Putzer

Berlin und Umgegend

in Keller's Lokal, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Georg Wagner. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen, da die Markarten nur in der Versammlung ausgegeben werden.

Etwa vorkommende Maßregelungen sind sofort im Bureau, Grenadierstr. 33, zu melden und werden die davon Betroffenen unterstützt.

Die Kommission. J. K.: Aug. Sogel.

## Achtung!

### Stralau-Nummelsburg.

Am Sonnabend, den 1. Mai, in der Brauerei Stralau:

## Mai-Feier,

bestehend in

gr. Vokal- und Instrumental-Konzert,

ausgeführt von Zivil-Vernismusikern der Freien Vereinigung unter Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine (Mitgl. des A.-S.-B.).

Abends 8 Uhr: Festrede.

Auftreten eines Volkschors. - allerlei Kinderbelustigungen.

Anfang nachmittags 3 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder unter 14 Jahren sind frei.

Genossen, welche am Tage nicht daran theilnehmen können, werden ersucht, ihre Familie bereits am Nachmittage dorthin zu senden. Bei ungünstigem Wetter findet die Feier in den neu renovierten Sälen statt.

Das Komitee.

## Achtung! Cöpenick. Achtung!

## 1897. Mai-Feier 1897.

Klein's Stadttheater

und Scheer's Wilhelmögarten.

Konzert- u. Gesangsvorträge, Turn-Aufführungen,

arrangiert vom Gewerkschafts-Kartell.

Kasseneröffnung 6, Anfang 7 Uhr. Entree: Herren 30, Damen 20 Pf.

Für Adlershof und Cöpenick nachmittags 2 Uhr:

Oeffentl. Volksversammlung bei Klein.

Das Gewerkschafts-Kartell von Cöpenick.

## Maifeier! Charlottenburg. Maifeier!

Sonnabend, den 1. Mai 1897, vormittags 10 Uhr:

## Große öffentliche Versammlung

für Männer und Frauen

im Lokale „Bismarckhöhe“, Wilmersdorferstraße Nr. 39.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Schriftföhrer G. L. über: „Die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterklasse.“

Die Gewerkschaftskommission. J. K.: O. Flemming, Schlüterstr. 71.

Von nachmittags 4 Uhr ab daselbst

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Lebende Bilder. - Tanz in beiden Sälen.

Die Kaffeeküche ist geöffnet. Entree 20 Pf.

Arbeitslose haben freien Zutritt. Das Komitee.

## Eine Wohlthat

für Hausfrauen ist

Karol Well's

Seifenextrakt



die beste trockene Seife in Pulver-

form. Es erleichtert ihnen die

Arbeit, schon die Wäsche und

hält letztere jahrelang in bestem

Zustande, da es kein Chlor oder

andere ätzende Bestandtheile ent-

hält. Einmal versucht, nie aus

dem Hause gelassen. In allen

Seifen- und Kolonialwaren-Ges-

chäften käuflich.

Das vorzüglichste:

Karol Well's „Karola“,

Lieblingsseife der Damenwelt.

## Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schwanzmarke „Schwan“)

hat sich besser bewährt, wie jedes andere Waschmittel. -

Dasselbe ist von jeder praktischen Hausfrau als das beste,

billigste und bequemste Waschmittel längst anerkannt

worden.

Man erspart bei seiner Anwendung viel Mühe, Zeit

und Geld und schon die Gewebe dabei mehr, als bei jeder

anderen Waschmethode.

Jeder Versuch überzeugt!

Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und

Kolonialwaren-Handlungen.

## Orts-Krankenkasse

des

Cöpyer-Gewerbes

zu Berlin.

General-Versammlung

der Delegierten (Arbeitgeber und

Arbeitnehmer)

am Freitag, den 30. April,

abends 7 Uhr,

im Lokale des Herrn Kuske,

Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:

1. Bortage der Jahresrechnung pro

1896 und Bericht des Prüfungs-

Ausschusses.

2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

195/14 Der Vorstand. 151/5

Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- und Sterbe-

kasse der Tischler.

Certifikate Verwaltung Berlin A.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß

am Sonnabend, den 1. Mai, keine

Beiträge angenommen werden.

Das Krankengeld wird am Freitag

Abend von 8-10 Uhr bei Köhn

ausgezahlt. 151/5

Die Ortsverwaltung.

## Rohtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Guter Brand! Sorgfältige Qualität!

Sämmtliche

Fabrikations-Marken.

(Neue Formen, sehr gr. Ausw.)

à 1.40 M.) Man verlange Preis-

Verzeichniss. 10683\*

Heinrich Franck,

Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

## Kinderwagen

größtes Lager.

billigste Preise.

aus

Theilzahlung.

bei

W. Holze,

Oranienstraße 3,

Spree-Amt IV, 9056.

## Gr. Möbelverkauf

wegen Umzug des Möbelspeichers

Rosenhalerstr. 13. Um die ganz

bedeutenden Transportkosten zu er-

sparen, verkaufe ich jetzt zu jedem an-

nehmbaren Preise. Zum Umzuge und

für Brautleute ist somit Gelegenheit

gegeben, ganze Ausstattungen, sowie

einzelne Stücke ganz besonders billig

einzu kaufen. Es stehen viele einfache,

mittlere u. hochgelegene Einrichtungen

am Lager, auch gelegentlich angelegte

herrschaftliche Möbel, sehr billig. Ver-

suchen gewogene und gebrauchte Möbel

spottbillig: Kleiderständer 15, Kom-

moden 10, Küchenspenden 10, Stühle 2,

Bettstellen mit Sprungfederbetten

18, 23, 30, Truemeubel 30, 60, Buffet,

Zylinderbureau, eleg. eichneub. Damen-

schreibtische 40, 60, Garnituren 50, 70,

Stühle in allen Arten und Größen,

Prüfer-Toiletten, Sophas 18, 23, 30, 36, 42,

Eigene Lager- u. Dekor.-Werkstatt,

vier große Möbel-Lagerräume. Ein-

richtungen auch auf Teilzahlung. Be-

amten ohne Anzahlung. Verkaufte Möbel

können beliebige Zeit stehen bleiben,

werden durch eigene Werkstätte sauber

transportirt und in der Wohnung auf-

gestellt, auch außerhalb. 14348\*

66. Restherhandlung. 66.

Billigste Preise zu Anwesen-Anzügen von

1 M. Große Anzüge von 7 M. an,

bis zum feinsten Raingarn, auch voll,

zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-

wahl in Polsterstoffen, sowie zu Manteln,

Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. 14238\*

Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch

angefertigt. Fertige Anwesen-Anzüge,

66. Karle, Waldemarstr. 66,

Telephon Amt IV, 1597.

Schankgeschäft, volle Konzession,

billige Preise, sof. zu vert. Köderer

bei Herr. Marktstr. 39 (Keller).



